

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 38.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 23. September 1911.

Redakteur: M. Heintmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Velen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Arbeit.

Willst Gutes du und Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehre,
Mußt du dich ernst zusammenraffen
Und darfst nicht scheu'n der Arbeit Schwere;
Da hilft kein Schwärmen blos und Hoffen,
Kein Traum von künftiger Entfaltung;
Nein, ringen mußt du mit den Stoffen
Und stark sie zwingen zur Gestaltung.

Jul. Hammer.

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.

Paul Lindenber.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Gesellschaft.

Es war eine schöne Zeit, als ein freier Geistesstand einem freien Meistertum zur Seite stand. Es ist schon lange her. Wir stellen uns die Zustände von damals möglicherweise schöner vor, als sie waren, indes das eine hatte wenigstens die Blütezeit des Handwerker- und Zunftlebens uns voraus: das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zwischen Meister und Geselle im Gewerbe und im öffentlichen Leben.

Die Zeit ist eine andere geworden. Dampfmaschine, Maschinenteknik, Fabrik kamen und mußten kommen; der Unternehmer trat an Stelle des Meisters, und der Geselle wurde Lohnarbeiter. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ging verloren, ja schlug in das Gegenteil um. Noch heute ist es auf keiner Seite wieder völlig erreicht, am wenigsten auf Seiten der Unternehmer und der sozialistisch beeinflussten Arbeiterschaft. Wohl sehen wir auf beiden Seiten Organisationen, aber sie verweigern einander die Anerkennung. Deutlicher gesagt: die organisierte Lohnarbeiterschaft hält den Unternehmerverband an sich für selbstverständlich, die Unternehmer aber stehen bis auf dünne Schichten der Gewerkschaftsbewegung noch mißtrauisch, teilweise direkt feindlich gegenüber; manche Organe der staatlichen Verwaltung nicht minder. Man fürchtet bei uns noch die Arbeiterbewegung. Ist sie nicht eine Rebellion der Hände gegen die Köpfe? Nährt sie nicht in sich den Hungert nach fremdem Gut und den blässen Neid der Besitzlosen? Gefährdet sie nicht all das, was Unternehmertum eines Jahrhunderts aufgebaut? Also fragt man bedenktlich.

Wie stehts mit diesen Anlagen? Sie können uns nicht irren machen, wenn wir um den größtmöglichen Anteil ringen am Ertrag unserer gewerblichen Produktion, wenn wir gleicher Zeit die Arbeitskraft schützen wollen vor Raubhand. Wir fühlen uns in diesem Bestreben als Hüter und Wähler von Volkskraft. Ja, wir sind ein Mehrer der materiellen, intellektuellen und moralischen Volkskräfte.

Man vergißt leicht, zunächst

die zahlenmäßige Bedeutung der Lohnarbeiterklasse im Volksganzen.

Wir haben nach den neuesten Statistiken in Industrie, Handel und Verkehr 11,7 Millionen Lohnarbeiter; in der Industrie allein 10,8 Millionen. Zählen wir

die Familienangehörigen dazu und wir können sagen, ein Drittel unserer gesamten Bevölkerung des deutschen Reiches gehört der Lohnarbeiterklasse an. Da kann es nicht einerlei sein, für das Volksganze, wie dieses eine Drittel lebt und wie es arbeitet, ob es schwach oder kräftig ist, geistig regsam oder nicht, ob es Lumpenproletariat ist oder auf Standesehre hält.

Es kann darum schon nicht einerlei sein, wie die Frage beantwortet wird, weil die deutsche Industrie den gelehrten Arbeiter braucht. Bei 10,8 Mill. Industriearbeitern entfallen 800 000 bloß auf die schwere Industrie (Bergbau und Hüttenwesen); die übrigen auf die Fertigfabrikatindustrien. Da aber ist der gelehrte, berufstätige Arbeiter der absolut notwendige. Nicht bloß instinktmäßiges Arbeiten und Draufwühlen, sondern das Bewußtsein mit dem Gewerbe, das freudige Doinleben und Arbeiten kann den Segen bringen.

Allein: der gelehrte Arbeiter weiß in der Regel, daß er etwas kann und daß er etwas ist. Und er will was. Er hat Selbstbewußtsein und Streben nach höheren Zielen; er will kein bloßer Knecht sein im Produktionsprozeß und im sozialen Gemeinschaftsleben. Wer also den gelehrten, berufstätigen, an seinem Gewerbe interessierten Arbeiter will, der muß auch die Begleiterscheinungen mit in den Kauf nehmen; er muß dem selbst- und standesbewußten Arbeiter Rechnung tragen, seine Forderungen hören und mit seiner Interessenvertretung, die er sich in den Gewerkschaften geschaffen hat, verhandeln.

Dazu drängt weiter

die Bedeutung als Lohnempfänger,

die diese Millionen von Lohnarbeitern erlangt haben. Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht bloß als Produzent eine unentbehrliche Kraft in der deutschen Industrie, sie ist es auch als Konsument. Die überhäuften Hoffnungen, die man auf Gewinnung und Entwicklung von ausländischen Absatzgebieten gesetzt hat, haben sich nicht erfüllt, trotz der Weltpolitik des deutschen Reiches. Wohl hat uns diese Weltpolitik neue Absatzgebiete erschlossen, aber sie hat nicht verhindern können, daß die ehemaligen Agrarländer und Abnehmer deutscher Industrieprodukte selbst Industrie zu entwickeln begannen. Hier haben wir es anscheinend mit einem ehernen Gesetz zu tun. Je stärker das Kulturverlangen eines Volkes, um so intensiver das Bestreben, eigene Industrien hoch zu züchten neben der Agrarwirtschaft. So sehen wir die Entwicklung vorangehen in der österreichischen Monarchie, in Italien, in Rußland und Amerika und in den ostasiatischen Reichen. Welch scharfer Konkurrent der deutschen Textilindustrie bereits Japan geworden ist, ist bekannt. Und auch das heute sich aus dem Schlafe reckende China wird denselben Weg gehen. Indes den deutschen Industrieerzeugnissen der Auslandsmarkt begrenzt und beschritten wird, wächst naturgemäß die Bedeutung des Inlandsmarktes. Hier muß die dauernde Stütze gesucht und gefunden werden. Auf dem Inlandsmarkt stehen aber auch die 12 Millionen Lohnarbeiter in Industrie, Handel und Verkehr mit ihren Familien. Je höher ihr Verdienstein kommen, um so stärker und qualifizierter ihr Konsum. Es müßte mit Wunderdingen zugehen, wenn das Verständnis für diese Seite der Lohnarbeiterfrage nicht in steigendem Maße sich geltend machte in Industrie und Landwirtschaft. Die Volksgesamtheit ist interessiert am Konsumenten: Lohnarbeiterklasse.

Freilich ist der Prozentfuß, den wir jeweils am Produktionsertrag unserer Industrie und unseres Gewerbes beanspruchen können, jeweils strittig. Das braucht an sich nicht schlimm zu sein, wenn beide Teile, Unternehmer und Arbeiter sich klar sind über die schließliche

Notwendigkeit der Verständigung.

Der Unternehmer, der sich geschäftsmäßig betrachtet und beurteilt, findet sicherlich den Weg zu Verhandlungen mit der organisierten Arbeiterschaft; er erschöpft sich nicht mehr unkluger Weise in unnötigen und opfervollen Kämpfen. Und je stärker auch beim Unternehmer das Bewußtsein vorwaltet, daß er schließlich doch immer wieder auf seine berufstätige Arbeiterschaft angewiesen ist und sie nicht beliebig ersetzen kann (durch fremde Ausländer), daß er den Berufsverband seiner Arbeiter geradezu braucht zur Erhaltung einer gesunden Preispolitik, um so schneller werden die Verhandlungen ihr Ziel erreicht haben. Schließlich ist es doch so, daß alle Preisverständigungen der Unternehmer untereinander keinen Zweck haben, wenn nicht die organisierte Arbeiterschaft mithilft und den Schmuggelkonkurrenten im Gewerbe rücksichtslos das Leben sauer macht. Auf Seiten der christlichen Arbeiterschaft wird dieses Bewußtsein der Solidarität mit den Unternehmern im Gewerbe zusehends stärker, der Tarifvertrag ist für sie nicht bloß eine „Stappe im Klassenkampf“.

Von der Gewerkesolidarität bis zum wirtschaftspolitischen Zusammenhalt zwischen Unternehmer und Arbeiter ist bloß ein Schritt. Es ist verwunderlich, daß die Unternehmerverbände der einzelnen Industrien nach so wenig darüber nachgedacht haben, was ihnen ihre Arbeiterschaft an Hilfe in wirtschaftspolitischen Kämpfen alles sein könnte. Im Zeitalter der Rohstoffverknappung und Absatzschwierigkeiten bedarf die deutsche Fertigfabrikation (man denke an unsere Textilindustrie) doppelt und dreifach des Zusammenwirkens von Unternehmer und Arbeiter in Zoll-, Handels- und in verkehrspolitischen Fragen. Die Arbeiterschaft weiß, wie sehr sie selbst an solchen Fragen interessiert ist und — die Arbeiterschaft ist ein politischer Faktor. Die christlich-nationale noch mehr als die sozialistische, eben weil sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt und sich als Glied im Volksganzen fühlt.

Die Voraussetzung später Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter ist freilich die rückhaltlose Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation

als die berufene Interessenvertretung der Lohnarbeiter. Der falsch verstandene „Herr-im-Haus“-Standpunkt muß fallen gelassen werden. Der falsch verstandene! Der Unternehmer mag, ja er muß sogar, die vollständige Freiheit der kaufmännischen und betriebstechnischen Initiative haben, die Arbeiterschaft verlangt nur mitzureden in Sachen des Arbeitsvertrags, da wo die Arbeitsbedingungen festgelegt werden. Dieses Mitbestimmungsrecht, das sich die Arbeiterschaft hier sichern will und sichern muß, geht aber längst nicht so weit wie das Einspruchsrecht, das sich unsere modernen Kartelle und Syndikate und teilweise Arbeitgeberverbände dem einzelnen Betriebe gegenüber herausnehmen (von den einzelnen Unternehmern willig oder resigniert getragen). Indes, solche Einsicht findet sich noch nicht allenthalben. Es gibt eine Unternehmerrichtung, die den Sklaven dem freien Arbeiter vorzieht, die sich den Gelben gefallen läßt und ihn heranzüchtet, den gelben Arbeiter, der Verzicht leistet auf seine Arbeiterrechte. Fürjorge heißt und sich geben läßt, kein Kraftgefühl, keine Standesolidarität und Standesehre hat. Unsere Industrie wird mit solchen Leuten nicht weit kommen können.

Auch das Vaterland nicht. Das deutsche Volk war nie ein Volk von Knechten. Der freie Mann hat seine glänzende Geschichte mitgeschaffen helfen, unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit. Wie kann aber der Lohnarbeiter eine verlässliche Stütze sein für Thron und Altar, der nicht auf eigene Kraft vertraut und nie die Macht und das Hoch-

gefühl der Solidarität in sich empfunden hat. Selbstbewußtsein und Standesbewußtsein schließen das Staatsbürgerbewußtsein nicht aus. Die christliche Arbeiterchaft will beides miteinander verbinden. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß der „Arbeiter kein Vaterland“ habe. Wir fühlen uns als Söhne des gesamten Volkes, und wir wissen auch, daß der Aufstieg unserer eigenen Klasse begründet liegt im Aufstieg unseres Vaterlandes. Die Wurzeln der Volksgefamtheit sind auch die unsererigen. Das denken wir nicht bloß, daß sagen wir auch offen heraus. So hat das Wörtchen „national“ in unserer Bewegung Sinn und Bedeutung.

Wie sagte der Staatsminister Hr. v. Berlepsch gelegentlich des Kölner Kongresses der christlichen Gewerkschaften: Glücklicherweise ist die Zeit zu reifen, in der solche Konflikte (wie sie heute noch bestehen zwischen Lohnarbeiterklasse, Unternehmertum und Gesellschaft) ohne Anwendung von Gewalt gelöst werden. So, wie es die christlich-nationale Arbeiterbewegung will.

Haltet den Dieb!

Nach diesem Motto handelt zur Zeit wieder einmal die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse. Die christlichen Gewerkschaften werden als Feinde des Koalitionsrechtes bezeichnet. Sie trügen durch ihr Terrorismusgeschrei Material herbei zur Begründung einer neuen Buchhausbibliothek und dergleichen. Das führende Organ der sozialdemokratischen Organisationen, das „Correspondenzblatt“, hat in Nr. 35 1911 in dieselbe Kerbe. Das Koalitionsrecht der Arbeiter, so sagt das Blatt, sei bedroht. Auch wenn der Vorkantur eines deutschen Strafrechtbuches noch vorhanden wäre, „würde man aus dem Verhalten der Unternehmerpresse und der großen Tagespresse erkennen, daß wieder einmal ein Ansturm auf das Koalitionsrecht der Arbeiter in Vorbereitung ist“. Dann heißt es weiter:

„Kein Tag vergeht ohne diesbezügliche Prefartikel, kein Streik und keine Ausperrung, die nicht nach dieser Richtung hin ausgeschlachtet würden. Selbst ein Teil der Arbeiterpresse, so seltsam es klingen mag und so tiefbeschämend es empfunden werden muß, beteiligt sich an diesem Treiben durch Aufbringung oder Kolportage der schauerlichsten Mitteilungen über angeblichen Terror der freien Gewerkschaften, die sich regelmäßig nachträglich als erfunden, entlehnt oder übertrieben charakterisieren. Es sind dies Hirsch-Dundersche und christliche Arbeiterblätter, die in dieser Spezialität mit den von Arbeitgeberkreisen ausgehaltenen gelben Organen förmlich wetteifern, das Koalitionsrecht zu verfechten. Mag ihre Absicht auch eine andere sein als die der Arbeiterfeinde, denen sie fortwährend Wasser auf die Mühlen liefern, mögen sie glauben, es diene dem Arbeiterinteresse, die Freiheit der Koalitionswahl gegenüber Mitarbeitern mit größeren Garantien zu umgeben, so sollten sie sich doch darüber längst klar sein, daß solche gefühlsregende Eingriffe leblich dazu führen müssen, die Arbeiterkoalition im Unternehmertum ohne weiteres zu machen. Und das führt zum Schaden für jede Arbeiterorganisation, die ernstlich darauf Anspruch erhebt, Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten, die Arbeiter als Machtfaktor zusammenzufassen, damit sie ihre Forderungen durchzusetzen vermögen. Der ganze Terrorismusgeschwindel ist nichts anderes als der Ausdruck des Mißbehagens gegenüber der kraftvollen Erparung und dem erfolgreichen Wirken der Gewerkschaften. Es ist natürlich und erklärlich, daß die Arbeitgeber dieses Mißbehagens äußern und der Gesetzgebung die Kosten des Kampfes gegen die Arbeiterorganisationen aufbürden möchten. Aber daß Arbeiter und sogar Vertreter von Arbeiterinteressen an dem gleichen Stränge ziehen, der das Koalitionsrecht der Arbeiter erschüttern soll, ist eine tief bedauerliche Erscheinung.“

Unseres Wissens haben die christlichen Gewerkschaften noch nie die Hälfte der Gesetzgebung gegen den auf so manchen Arbeitsstellen praktizierten sozialdemokratischen Terrorismus angerufen. Sie sind der Ansicht, selbst Manns genug zu sein, um sich dasselben erwehren zu können. Eventl. bietet auch heute schon das Strafrechtbuch Handhaben genug, um Terroristen zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn sich die christlichen Gewerkschaften aber bei vorkommenden Terrorismustaten an die Defensivfreiheit wenden, so kann man ihnen das wahrhaftig nicht verübeln. Das würde den Genossen noch passen, wenn die christlich gestimmte Arbeiterchaft sich die größten Brutalitäten ruhig gefallen und sich von den Genossen brütlos machen und ausschalten ließe. Den Freiheitsbegriffen der Letzteren würde dies ja allerdings empfinden.

Wenn das „Correspondenzblatt“ erneut wieder von „angeblichem Terror der freien Gewerkschaften“ und vom „Terrorismusgeschwindel“ spricht, so kann das nur als eine bodenlose Unverschämtheit bezeichnet werden. Es ist ja allerdings freilich die Stärke der Genossen gewesen, ihnen unangenehme offenkundige Tatsachen einfach wegzuleugnen. Demgegenüber möchten wir feststellen, daß z. B. das christliche Christlich München 1907 eine Flugchrift herausgab, in welcher alle 26 gerichtlich abgeurteilten sozialdemokratischen Terrorismustaten festgehalten waren. Die betreffenden Terroristen wurden zu insgesamt 12 Jahren und ein Monat Gefängnis verurteilt. Und wie manche gerichtlich abgeurteilte Fälle sind seither nicht wieder zu verzeichnen? Kürzlich noch sind verschiedene sozialdemo-

kratische Terroristen zu 40 und 20 Mark Geldstrafe (in München) und zu fünf und zwei Monaten Gefängnis (in Essen) verurteilt worden. Dem können wir noch weitere Heldentaten hinzufügen. Das Schöffengericht Köln verurteilte den sozialdemokratisch organisierten Schreiner Kunzler wegen Mißhandlung und Beleidigung eines christlich organisierten Holzarbeiters in der Möbelfabrik Bauh zu 25 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Haft. Straßmülvord für den Angeklagten wirkte dessen Trunkenheit. Aus Heilbronn am Neckar berichtete das „Stuttgarter Deutsche Volksblatt“ Nr. 178 aus dem Betrieb des Gipsermeisters Jozn einen Terrorismustat nach berüchtigtem Muster: „Die sozialdemokratisch organisierten Gipser verlangten die Entlassung der christlich organisierten Arbeiter unter Androhung der Arbeitsniederlegung. Der Arbeitgeber ging leider unter dem Druck der Verhältnisse auf diese Forderung ein. Von den Entlassenen war einer 15 Jahre bei ihm beschäftigt.“

Es sei weiter erinnert an die Bestrebungen sozialdemokratischer Organisationen, das Arbeitsmonopol zu erringen, um auf diese Weise die nichtsozialdemokratischen Arbeiter in die genannten Organisationen hineinzupressen. Will das „Correspondenzblatt“ auch diese Bestrebungen, die verschiedentlich schon praktisch verwirklicht sind, wegleugnen? Und wenn nicht, ist es wirklich so naiv, den christlichen Gewerkschaften zuzumuten, sich ruhig und ohne Gegenwehr das schmerzbringende Halsband umlegen zu lassen? Da muß sich das „Correspondenzblatt“ schon damit abfinden, daß wir uns auch in Zukunft unserer Haut wehren werden.

Das „Correspondenzblatt“ und mit ihm die übrige sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hätten also alle Veranlassung, den Mund weniger voll zu nehmen und vor allem einmal in den eigenen Reihen Moral zu predigen. Hat dies die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse überhaupt je getan? Hat sie je derartigen brutalen Vergewaltigungen Andersdenkender entgegen gearbeitet? Das wäre doch das beste Mittel gewesen, dem „Terrorismusgeschrei“ ein Ende zu machen. Das Gegenteil ist geschehen. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, stellte in seiner Nummer 192 vom Jahre 1907 den Terrorismus als ein erlaubtes und kulturförderndes Mittel hin. — Die sozialdemokratische Wäckerzeitung (Jahrgang 1905 Nr. 2) schrieb: „Darum ist der Terrorismus der Gewerkschaften hochmoralisch, weil auch kulturfördernd, wenn auch der Drache des Strafgesetzes daneben lauert.“ — Eine sozialdemokratische Metallarbeiterversammlung in Stuttgart nahm am 7. März 1910 eine Resolution an, in der unter anderem gesagt wird: „Von den organisierten Kollegen erwartet die Versammlung, daß sie den Kollegen, die in das Geschäft eintreten, nur dann Beihilfe angedeihen lassen und Belehre mit ihnen pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt oder ihre Mitgliedschaft im deutschen Verband nachzuweisen in der Lage sind. Kollegen, die nicht im obigen Sinne organisiert sind, werden entsprechend behandelt.“ — Die Redaktion der „Lokale Mitteilungen an die Mitglieder des deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes, Verwaltungssitz Stuttgart-Cannstatt“, bemerkte in ihrer Nummer vom 4. April zu dieser Resolution: „Die Durchführung nötiger Resolutionen könnte auch für andere Betriebe nicht schaden.“ — Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ schrieb in ihrer Nr. 5/1911: „Man kann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tarifierten Betrieben auszuschließen. Das muß von Fall zu Fall entschieden werden.“ — In ihrer Nr. 19/1911 nennt die „Metallarbeiterzeitung“ dieses zynische Bekenntnis „mehr als gerechtfertigt“. — „Wir sind nun mal geborene Haser“, schreibt das sozialdemokratische „Schuhmacherblatt“ in Nr. 9/1911. Dasselbe Blatt, das in Nr. 24/1907 folgende Erziehungslehre von sich gab: „Wir stehen noch tief in der Dürre. Wir haben unsere Feinde, wie ein Tier seinen Gegner haßt; im Kriege töten wir und verwunden wir, als wären wir noch leidhäftige Tiere. . . . Und wir haben tatsächlich noch des Tieres genug, ja viel zu viel um uns und in uns. Das ist unsere Erbünde. Wer sie leugnet, muß ein Blinder oder ein Schaf oder ein elender Verführer sein.“ — Und selbst das „Correspondenzblatt“ hat in seinem Jahresrückblick (Nr. 1/1911) einen „gejandten Organisationszwang“ ausbrütlich das Wort geredet und erklärt, daß in tariflich geregelten Arbeitsgebieten auf die Dauer für organisationslose Elemente kein Raum sei. Und da ja auch das „Correspondenzblatt“ die christlichen Gewerkschaften als erzieherisch nicht anerkennt, gelten seine Darlegungen auch den christlich organisierten Arbeitern. Demnach sind auch die Vorhaltungen dieses Blattes den christlichen Gewerkschaften gegenüber zu bewerten.

Doch, diese Vorhaltungen verfolgen einen bestimmten Zweck. Wir haben diesen in der Ueberschrift bereits gekennzeichnet. Es soll die Aufmerksamkeit von den eigenen Sünden abgelenkt werden. Das „Correspondenzblatt“ und die ihm gestammungsverwandte Presse wissen ganz genau, wie gewisse, in letzter Zeit verzapfte Brandreden und Brandartikel gemißt haben. Wenn auf einer von den sozialdemokratischen Gewerkschaften veranstalteten Begrüßungsfeier ein französischer

Genosse unter stürmischem Beifall erklären kann: „Versucht es nur einmal, ihr Schafsköpfe, ein Volk gegen das andere zu bewaffnen, ihr werdet sehen, ob nicht die Völker einen ganz anderen Gebrauch von den Waffen machen werden, die ihr ihnen in die Hand gebt“; wenn ein Redakteur Däumling in einer sozialdemokratischen Versammlung offen den Generalfreik im Kriegsfalle androht und betont, „unter Umständen müßten auch Kampfmittel der alten bürgerlichen Revolution angewendet werden“; wenn endlich der „Werkruf“, das sozialdemokratische Organ der Eisenbahner, die Tat eines albanesischen Soldaten, der einen Offizier erschoss, verherrlicht und beifügt, „wie viele Vorgesetzte gäbe es noch in preussischen Staatsdiensten, wenn jeder Untergebene so viel Ehrgefühl hätte, wie dieser albanesische Soldat“, so ist das wahrhaftig ein Material gegen die Arbeiterbewegung, wie es sich die Schaufmacher nicht besser wünschen können. Ob der Folgen solcher wahnwitziger, von einem fanatischen Haß gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung diktierten Äußerungen, beginnt den Genossen selbst bange zu werden. Und da sucht man sich beizeiten einen Prügelknaben ausfindig zu machen. Daraus diese Taktik.

Wenn die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse glaubt, in den christlichen Gewerkschaften diesen Prügelknaben gefunden zu haben, so irrt sie sich ganz gewaltig. Wir werden schon dafür sorgen, daß dieser Sorte Gegner die scheinheilige Maske gelüftet und der Arbeiterchaft gezeigt wird, wo die eigentlichen Feinde des Koalitionsrechtes zu suchen sind.

Arbeiterin und Krankenversicherung.

In der Reichsversicherungsordnung wurde für die Arbeiterinnen gar manche Neuerung geschaffen. Jede Arbeiterin muß deshalb davon wissen und sich eingehend damit beschäftigen; die Wirksamkeit des neuen Gesetzes wird nämlich zumeist davon abhängen, inwieweit sich die Arbeiterinnen selbst an der Ausführung desselben beteiligen. Die Möglichkeit ist damit gegeben, daß die Arbeiterinnen, gleicherweise wie die Arbeiter, zu den Organen der Versicherungsträger wählbar sind. Infolgedessen wird aber in Zukunft gerade die Wahlbeteiligung der Arbeiterinnen und ihre Fähigkeit, das Erforderniswerte zu vertreten, ganz besonders ausschlaggebend sein.

Zunächst gilt das für die Krankenversicherung; die Berufsgenossenschaften, als Träger der Unfallversicherung kommen nicht in Betracht. Dagegen wird es überaus wichtig sein, wenn in den Versicherungsanstalten, die als Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bestehen, in der Folge auch Arbeiterinnen gehört werden. Die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen werden in den ordentlichen Generalversammlungen der Kasse gewählt, die Vorstände wiederum wählen die Vertreter in den einzelnen Institutionen der verschiedenen Versicherungszweige. Die Arbeiterinnen müssen also schon bei der Wahl der Krankenkassenvorstände bezw. der Vertreter zu den Generalversammlungen Berücksichtigung von den männlichen Mitarbeitern verlangen. Hier wäre nun gleich zu bemerken, daß jede Arbeiterin, die in die einzelnen Organe der Versicherungsträger gewählt wird, ein uneigentliches Ehrenamt inne haben wird; doch werden die Vorauslagen erstattet, sowie ein Ersatz für jeden entgangenen Arbeitsverdienst gewährt. Auch ist im Gesetz darauf Bedacht genommen, daß der Arbeitgeber den Gewählten keine Schwierigkeiten machen darf, wenn sie als Vertreter der Versicherten fungieren und die Arbeit deshalb unterbrechen müssen. Damit ist die Uebernahme eines Amtes für die Arbeiterinnen möglich. Davon knüpft sich dann aber allerdings die Bedingung, daß die zu wählenden Personen volle Kenntnis darüber haben, wie weit sich ihre Tätigkeit erstrecken kann.

Anhaltspunkte und Anregungen für eine erfolgreiche Wirksamkeit bieten den Vertretern der Versicherten die Bestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung, speziell der Krankenversicherung, genug. Die Mindestleistungen sind festgelegt; außer diesen jedoch kann die Satzung der einzelnen Kassen weitergehende Leistungen gewähren. Das gilt sowohl für die Krankenhilfe, als auch für das Krankengeld. So kann eine Kasse durch Satzung die Dauer der Krankenhilfe bis auf ein Jahr erweitern; im übrigen ist sie auf 26 Wochen festgelegt. Die Satzung kann die Unterbringung in ein Genesungsheim gestatten, wogegen Krankenhauspfllege zu den gewöhnlichen Leistungen gehört. Bemerkenswert ist, daß die Kasse mit Zustimmung des Versicherten auch Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder andere Pfleger gewähren kann, wo verschiedene Gründe es unmöglich machen, die Erkrankten in ein Krankenhaus zu bringen. Eine Neuerung ist dann auch insofern geschaffen, als auch ein Zuschuß für größere Heilmittel gewährt werden darf. Die Kasse kann bei der Krankenpflege insbesondere Krankenkost zuzubilligen. Ueber diesen Punkt sich zu unterhalten wird gerade in Arbeiterinnentreifen noch manchmal notwendig und nützlich sein.

Bezüglich des Krankengeldes sind auch einige wichtige Neuerungen zu konstatieren. Es wird nach einem Grundlohn festgelegt. Dieser kann wiederum durch die Satzung bestimmt werden. Eine wesentliche

Erhöhung desselben wird folglich erhöhte Klassenleistungen bedingen. Ganz besonders betonen muß man, daß die Satzung das Krankengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen und daß sie es allgemein für Sonn- und Feiertage zubilligen kann. Gerade den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen bringen die Tage der Krankheit, die in jede Familie kommen, eine Vermehrung der Sorgenlast um's doppelte und dreifache. An ihnen dürfte es deshalb gelegen sein, daß die mancherlei Mehrleistungen, die das Gesetz vorsieht, in Wirklichkeit auch geboten werden. Das verständnisvolle Mitwirken der Arbeiterinnen als Versicherungsvertreter wird daher eine notwendige und nützliche Aufgabe im Dienste und zum Wohle der Erkrankten sein.

Beachtenswert ist außerdem noch, daß die Mitglieder einer Kasse verpflichtet werden können, die Höhe solcher Bezüge mitzuteilen, die sie aus einer anderen Krankenkasse erhalten. Jedoch ist es nicht gestattet, die Kranken zu befragen, aus welcher Versicherung sie anderweitige Unterstützung bekommen.

Das Bedeutungsvollste bei der Krankenversicherung dürfte für die Arbeiterfrauen unstrittig die neuen Bestimmungen über Wochenhilfe sein. Daß für die Zeit, welche die Gewerbeordnung als Wöchnerinnenschutz bestimmt hat, das zuständige Wochengeld gewährt wurde, ist noch nicht das Wichtigste; diese Ergänzung des Wöchnerinnenschutzes mußte ja geschaffen werden. Etwas anderes ist es um den folgenden Zusatz, der besagt, daß an Stelle des Wochengeldes, und zwar mit Zustimmung der Wöchnerin, die Kasse auch Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren kann. Wo dieses nicht der Fall ist, da kann die Kasse Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen gewähren und dafür — das ist besonders zu beachten — bis zur Hälfte des Wochengeldes abziehen. Wenn dagegen eine Kasse den Arbeiterfrauen die Aufnahme in ein Wöchnerinnenheim gewährt, dann erhalten die Angehörigen, sofern eine Frau ganz oder vorwiegend für deren Unterhalt gearbeitet hatte, nebenbei noch ein Hausgeld in Höhe des halben Krankens- resp. Wochengeldes ausbezahlt. Der nächste Paragraph sagt, daß die Fürsorge noch in anderer Weise gewährt werden kann; diese besteht darin, daß die Satzung allen weiblichen Versicherungspflichtigen — oder nur den versicherungspflichtigen Ehefrauen, sofern sie mindestens sechs Monate gegen Krankheit versichert sind, Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, die erforderlich werden, zubilligen kann. Außerdem kann eine Satzung unter den eben genannten Voraussetzungen ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes insgesamt für sechs Wochen zusprechen, wenn eine Frau arbeitsunfähig wird; sie kann auch Hebammendienste und ärztliche Behandlung, die bei Beschwerden erforderlich werden, zubilligen.

Es sind für unsere Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sehr wichtige Neuerungen, die mit der Reichsversicherungsordnung Gesetzeskraft erlangen werden. Die Satzungen der Krankenkassen können nach verschiedener Richtung hin die Wochenhilfe ergänzen, erweitern und vervollkommen; sie sind durch das Gesetz aber nicht gezwungen, die eine oder andere Neuerung durchzuführen. Und deshalb wird es mit zu den nächsten Aufgaben der erwerbstätigen Frauenwelt gehören, die Leistungen der Kassen, denen sie angehören, kennen zu lernen. Nur dann können auch sie selbst mit Neuerungsvorschlägen dem Kassenvorstand nahe treten, und je beweiskräftiger sie diese zu verteidigen wissen, je leistungsfähiger die Kasse an und für sich steht, um so leichter werden die Forderungen durchdringen. Die Selbstbetätigung der Arbeiterfrauen hat in der Zukunft unendlich viel Wert und gereicht Müttern und Kindern zum Nutzen.

Es gilt noch eins besonders hervorzuheben. Die letzte Bestimmung der Wochenhilfe lautet ungefähr, daß die Satzung den Wöchnerinnen bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes zubilligen kann. Auch diesen Vorteil gilt es durch Antrag von Frauen zu erringen!

Zum Bezug des Sterbegeldes sind nach der neuesten Bestimmung nicht allein die Ehegatten, Kinder, der Vater, die Mutter berechtigt, sondern auch die Geschwister, die mit dem Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Das Sterbegeld beträgt bekanntlich den 20fachen Betrag des Grundlohnes.

Soviel über die Leistungen, die aus der Neuregelung der Krankenversicherung erwachsen. Es ist empfehlenswert, daß wir Kolleginnen uns dieselben recht gut einprägen, daß wir im Familienkreise uns öfters darüber unterhalten und uns so an Kenntnissen durch Wort und Schrift immer mehr zu bereichern suchen. Dann wird es uns auch möglich sein, als Mitglieder des Krankenkassenverbandes in den Versicherungsträgern mit praktischen Vorschlägen zur Hand zu sein. Das soll unsere feste Absicht sein für die nächste Zukunft.

Einige Gedanken zu den Ausführungen über Berufs- und Fachbildung.

Man schreibt uns: Die beiden Leitartikel in unserem Verbandsorgan, betreffend die Berufs- und Fachbildung, habe ich aufmerksam studiert; auch kann ich solche Artikel nur freudig begrüßen. Zeigen sie doch, daß wir im christlichen Textilarbeiterverband nicht „nur fordern“ wollen, sondern daß wir uns der Pflichten unserer Textilindustrie gegenüber wohl bewußt sind und

auch darnach handeln. Ferner wird mancher Kollege gefunden haben, daß es nicht genügt, bei seiner Berufsarbeit gedankenlos drauflos zu „radern“ von einem Tag in den andern hinein. Es wird ihm vielmehr zum Bewußtsein gekommen sein, dem Posten, den ich bekleide, muß ich auch gut vorstehen und ihn ganz beherrschen zum Nutzen der Industrie, folglich auch zu meinem eigenen Nutzen.

Leider gibt es ja noch manche Arbeiter, die lange Zeit schon an ihren Arbeitsmaschinen gestanden haben und trotzdem über die einfachsten Funktionen derselben noch keinen Bescheid wissen. Und da muß ich aus meiner Erfahrung bestätigen, zu diesen Leuten gehören auch jene, die aus Mangel an Intelligenz und Wissensdurst keine Gedankenarbeit kennen, dabei über alles Mögliche und Unmögliche rasonieren. Aber selbst mit Hand anlegen zur Verbesserung durch Gewerkschaftsarbeit — die ja auch Gedankenarbeit voraussetzt — dafür sind sie nur schwer zu gewinnen.

Eine weitere Ursache der Interesslosigkeit bei der Berufsarbeit ist auch vielfach die Unselbständigkeit und besonders die Arbeitsteilung.

Betrachten wir kurz den früheren Handwerker. Er konnte den Entwicklungsengang seines Produktes aus nächster Nähe beobachten vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat. Und dieser Einblick gab Gedankenregung und Austausch über die Branchenarbeit. Ganz anders ist es heute, wohl 90 Prozent der Weber wissen keinen Bescheid darüber, woher die Stoffe, die sie verarbeiten, kommen und ebensowenig, was mit ihrem Produkte weiter geschieht bis zum Absatz.

Eins muß aber auch betont werden, nämlich, daß in sehr vielen Betrieben die Berufs- und Fachbildungsbestrebungen der Arbeiterschaft durch die verkehrte Behandlungsweise der Fabrikanten und ihrer Angestellten geradezu lahmgelegt werden. Hier ein Beispiel:

Hat da ein Weber ein Stück Ware gearbeitet, welches einige Fehler enthält, die nach Ansicht des Arbeiters ganz unbedeutend sind. Der Direktor liest das Stück und weiß auch, daß die erwähnten Fehler bei der späteren Veredlung der Ware den Wert derselben ungünstig beeinflussen. Der Weber hat keine Ahnung davon. Anstatt ihm nun mal an einem fertigen Stück die Bedeutung des Fehlers zu zeigen, wird er grob angefahren und ihm einfach ganz allgemein angebeutet, die Ware können wir nicht gebrauchen, der Abzug festgesetzt usw. Während der eine über die Nachlässigkeit der Arbeiter schimpft, trägt der andere seinen Groll über die „Spitzbübigkeit“ des Fabrikanten im Herzen. Und wie leicht wäre beiden geholfen.

Ein anderes Beispiel:

Ein Arbeiter, der sich für seine Berufsarbeit lebhaft interessiert, möchte in irgend einer Sache Auskunft haben und befragt also einen Angestellten. Dieser wittert direkt einen Spion und gibt eine derart kurzgeknöpfte Antwort, daß erstere die Lust verfehlt, sich weiter mit der Sache zu befassen.

Solcher Beispiele, die nicht Ausnahmen sind, ließen sich noch eine ganze Reihe anführen. Der Arbeiter wird eben noch viel zu sehr als Fremdling betrachtet, der nur zu arbeiten habe. Aber auch nur das und sonst nichts. Deshalb wünsche ich, daß der Ruf nach Fortbildungsschulen, die der Arbeiterjugend in verständlicher Form dasjenige vermitteln, was im zweiten Artikel angeführt wurde, in den Reihen unserer Mitglieder weiten Widerhall findet.

Wir, die Mitglieder, müssen kund tun und beweisen: wir haben genau dasselbe Interesse an dem Stande unserer heimischen Textilindustrie wie die Fabrikanten auch. Wir wollen uns weiterbilden und den Posten, den wir inne haben, auch ganz ausfüllen. Zeigen wir dieses aber auch dem Arbeitgeber gegenüber. Gelegenheit dazu ist uns geboten bei Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß. Wählen wir nur solche Kollegen in den Arbeiterausschuß, die auch die nötigen Kenntnisse über ihre Facharbeit besitzen und darüber auch ein Wort mit dem Arbeitgeber reden können. Dieses hilft über manche Schwierigkeiten bei Verhandlungen in Lohn- und sonstigen Bewegungen hinweg. Auch haben solche Ausschussmitglieder viel mehr Rückgratfestigkeit, als diejenigen, die in ihrem Fach nur jogenannte „Halbe“ sind. Ich bin der Meinung, wenn der Arbeiterausschuß bei den Verhandlungen mehrmals in passender Form auf die gemeinsamen Interessen hinweist, dann wird auch der Arbeitgeber viel eher von der „hohen Warte seines Herrenstandpunktes“ herabsteigen und wird sich auch dazu hergeben, bei etwaigen Neuerungen im Betriebe diese Arbeiter um ihre Ansicht zu fragen, und auch das wäre wieder ein Fortschritt, durch den manchen Konflikten vorgebeugt würde.

Als nächstliegende Aufgabe müssen wir daher eine systematische Schulung derjenigen Kollegen und Kolleginnen betreiben, die einen Posten als Ausschussmitglied haben. Diese könnten dann ihre Erfahrungen den Kollegen und Kolleginnen weitergeben.

F. C.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein aufgehoben. Zwischen dem Niederrheinischen Tabakfabrikantenverband und dem christlichen Tabakarbeiterverband wurde eine Verständigung erzielt. Die Aussperrung ist damit beendet.

Die christlichen Gewerkschaftskartelle und das „Correspondenzblatt“. Die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat sich nach ihrem Bericht im „Correspondenzblatt“ bei ihrer Umfrage der Mühe unterzogen, auch die Kartelle der christlichen Gewerkschaften nach Möglichkeit zu erfassen. Das ist ihr aber nur schlecht gelungen. Für das Jahr 1909 berichtet sie von 129 Kartellen mit 669 angeschlossenen Zahlstellen.

In Wirklichkeit bestanden 196 christliche Gewerkschaftskartelle. Für 1910 verzeichnet die sozialdemokratische Statistik 158 christliche Kartelle mit 716 Zahlstellen. Der Bericht gibt zu, daß die Statistik keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht und bedauert, daß authentisches Material nicht vorhanden ist. Gleichzeitig aber bezweifelt er die Richtigkeit der von uns angegebenen Zahl von 214 Ortskartellen dadurch, daß er annimmt, „daß nicht alle Kartelle als solche wirklich bestehen“, und vermutet, daß häufig von den ganzen Kartellen nicht viel mehr als der Name besteht.

Auf solche Anpassungen ist die beste Antwort der Nachweis, daß wir einen ehrlichen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Wir verweisen daher auf die folgende Gegenüberstellung der beiderseitigen Zahlen:

	Sozialdemokrat. Kartelle	Christliche Kartelle
Zahl der Kartelle	664	214
Eingegangene Fragebogen	656	193
Angeschlossene Zahlstellen	8883	1797
Mitgliederzahl	1592752	180323
Nicht angeschlossene Zahlstellen	309	95
Durchschnittsbeitrag	63,7	48,6
Einnahmen an Beiträgen	733614	57587
Gesamteinnahmen	1787365	111726
Gesamtausgaben	1701662	81262
davon für Agitation	104205	13912
soziale Wahlen	34967	11598
Bibliothek und Lesezimmer	74708	1414

Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß in Betracht gezogen werden, daß unsere Kartelle fast überall auf sich selbst angewiesen waren, und daß ihnen von seiten der Zentralen und des Gesamtverbandes bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden konnte, und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet ist das Verhältnis durchaus kein ungünstiges. Die Verteilung der Hauptmasse der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die Großstädte ist selbstverständlich deren Erziehung durch Kartelle sehr zustatten gekommen. Dagegen muß uns zu einem kräftigen Ansporn die Erwägung dienen, daß von der Gesamtmitgliederzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaften rund 90%, unferneher aber nur 63,8% in Kartellen zusammengefaßt waren. Die vorstehende Tabelle zeigt sodann auch hinsichtlich der Gesamteinnahmen und -Ausgaben ein für uns ungünstiges Bild. Als Maßstab muß hier das Verhältnis der den beiderseitigen Kartellen angeschlossenen Mitgliederzahlen dienen; das Verhältnis ist das von 10 zu 100. Die Gesamteinnahmen der christlichen Kartelle in 1910 betragen aber nur 6,3 vom Hundert und die Ausgaben gar nur 4,8 vom Hundert der sozialdemokratischen Summen.

Die Ausgaben der sozialdemokratischen Gewerkschaften betragen somit mehr als das zwanzigfache derjenigen der christlichen Gewerkschaften. Das findet seine Erklärung in den durch die Kartelle verausgabten hohen Streikunterstützungssummen, die mit 669000 Mark angegeben sind. Hinsichtlich der Beitragseinnahmen ist das Bild ein etwas besseres.

Eine Vereinbarung der Metallarbeiterverbände auf nationaler Grundlage. Der Gedanke, daß trotz der zwischen beiden Richtungen bestehenden grundsätzlichen und organisatorischen Gegensätze doch auch gewisse gemeinsame Berührungspunkte vorhanden sind, bewogen den christlichen und den Hirsch-Dunderschen Metallarbeiterverband, bestimmte auf Gegenseitigkeit beruhende Vereinbarungen zu treffen, um in Zukunft ein besseres Hand-in-Hand-arbeiten herbeizuführen. Die Vereinbarungen sollen vor allem auch bezwecken, gemeinsam den terroristischen Monopolbestrebungen entgegenzutreten zu können. Im „Regulator“, dem Organ des Gewervereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, finden wir nun den Wortlaut der Vereinbarungen veröffentlicht. Wir geben sie nachstehend wieder:

1. Im Interesse der Metallarbeiterschaft sollen bei Streiks und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen; insbesondere bei der einzuschlagenden Taktik, bei Beginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.
2. In Orten und Bezirken, wo die Mitgliederzahlen der beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Festlegung der Taktik diejenige Organisation das Meistbestimmungsrecht haben, welche die größte Mitgliederzahl aufweist und demgemäß die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch soll auf die Minderheit gebührend Rücksicht genommen werden.
3. Keiner der beiden Verbände soll dem anderen Teil bei Streiks oder Aussperrungen Schwierigkeiten bereiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Bewegungen, welche größere Dimensionen anzunehmen geeignet sind, sollen sich vorher außer den Bezirksinstanzen die Hauptleitungen beider Verbände verständigen.
4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig erfolgen, und haben die Hauptvorstände von Fall zu Fall Höhe und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzusetzen.
5. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegenrätlicher Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.
6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen usw. betreibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten.

Angriffe persönlicher oder sachlich verletzender Art sollen sowohl in der mündlichen Agitation, wie in den Verbandsorganen, Flugblättern usw. zwischen beiden Verbänden vermieden werden.

7. Bei Streitfällen mit anderen Organisationen soll entweder wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundliche Hilfeleistung geübt werden.

8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen währt jede Organisation ihre absolute Selbständigkeit, und werden die grundsätzlichen und organisatorischen Verschiedenheiten der Organisationen in keiner Weise berührt.

9. Jede Organisation kann von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten. Jedoch hat die Zurücktretende drei (3) Monate vorher dem anderen Teile dieses schriftlich unter Darlegung der Gründe zur Kenntnis zu bringen.

10. Etwaige Differenzen über Nichtinhaltung der getroffenen Vereinbarungen sollen durch die Hauptvorstände der beiden Verbände geprüft und für deren Beseitigung Sorge getragen werden.

Vorstehende Vereinbarungen treten mit dem 15. September 1911 in Kraft.

Hannover, den 30. August 1911.

Für den Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter:

W. Gleichauf. G. Hartmann. A. Strubelt.

Für den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands:

Fr. Wieber. Girtjeser. Klotz.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern ist nicht deshalb oft unheilvoll und gespannt, weil der Arbeitgeber oder die Werksleitung es an sozialer Einsicht und Menschlichkeit fehlen lassen, sondern der Fehler liegt oft an ungeeigneten Werksbeamten.

Zu den größten Hindernissen des Arbeiter-Friedens gehört die weite Entfernung zwischen den Arbeitern und der Werksleitung. Aus vielfach vorgebrachten Klagen der Arbeiter geht hervor, daß den Werkmeistern immer noch viel zu viel Einfluß zugefunden wird.

Bei Unternehmern ist einmal mit Bezug auf die Arbeiter das Wort Kamerad gefallen. Leider sind wir noch recht weit von dem Zustand entfernt, wo dies Wort in unserem Gewerbe allgemeine Gültigkeit hätte.

Eitlichkeit bei „höhern“ und „niedern“ Töchtern. Eine schwere Beleidigung hat die Handelskammer Halberstadt in einem Artikel, „Höhere Töchter als Verkäuferinnen“ gegen die Frauenwelt der minderbemittelten Volkskreise gerichtet.

darauf hingewiesen, daß das große Heer der „Verkaufsdamen“ sich gegenwärtig fast ausschließlich aus den niederen Bevölkerungsschichten rekrutiere.

Gegen diese Panikhalberdächtigung der minderbemittelten Frauen und Mädchen muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wo nimmt die Handelskammer Halberstadt, vorausgesetzt, daß die „Köln. Zig.“ den Artikel richtig wiedergibt, das Recht und die Unterlagen für dieses Urteil her?

Nicht so empfindlich sein. Vor nicht allzulanger Zeit konnte Schreiberin dieses die Beobachtung machen, daß es unter unseren Arbeiterinnen noch manche gibt, die sich in den Versammlungen von ihresgleichen vorweg nur mit „Fräulein“ betitelt und angepöbeln wissen wollen.

nach durch eine bestimmte Anrede gekennzeichnet werden sollen. In jedem anderen Kreis, im Verkehrs- und Gesellschaftsleben und im gewöhnlichen Gespräch ist es ja gut und schön, von der unverheirateten Arbeiterin mit dem Achtungsausdruck „Fräulein“ zu sprechen.

Von einer bankrotten Gewerkschaft mußte im vorigen Jahre die sozialdemokratische Presse viel zu erzählen, als durch die Schmähschrift eines Renegaten breitetreten wurde, daß der christliche Verband der Städt., Gemeinde- und Verkehrsarbeiter anlässlich der großen Steinarbeiterausperrung in Solnhofen ein Darlehen von 60000 M. aufgenommen hatte.

Wenn wir solche Schlussfolgerungen im Gewerkschaftsleben anwenden wollten, könnten wir jetzt mit viel größerem Recht von einer bankrotten sozialdemokratischen Gewerkschaft reden. Wie aus den eigenen Mitgliederkreisen verlautet, ist der sozialdemokratische Lederarbeiterverband zu einem großen Pöbel gezwungen gewesen, um den Verpflichtungen bei einigen Lohnbewegungen nachkommen zu können.

Die große der Wirrwarr in dem betreffenden sozialdemokratischen Verband ist, geht aus einem langen Januarartikel in der letzten Nummer der „Lederarbeiterzeitung“ hervor, wo es einleitend heißt:

Die Ausschreibung eines Extrabeitrages zur Stärkung der finanziellen Kraft unserer Organisation durch die dadurch beruhigten Verbandsinstanzen hat in unsern Mitgliederkreisen einen Sturm der Entrüstung entfacht und zu einer Kritik unserer ganzen Verbands-einrichtungen und unserer Leitung geführt.

Jetzt liest man in der sozialdemokratischen Presse aber keine Silbe von dem „bankrotten“ Lederarbeiterverband. Wäre es eine christliche Organisation, dann wären ungezählte rote Federn tätig, aber so — schweigen ist Gold.

Die Düsseldorf-Krankenkassengeschichte ist für die Sozialdemokratie äußerst unangenehm und hat sie in die denkbar größte Verlegenheit gebracht. Die sozialdemokratische Parteipresse versucht mit der ihr eigenen Dreistigkeit die niederschmetternde Blamage einfach abzuleugnen.

Um die Wirkung des Skandals abzuschwächen und die Sozialdemokratie rein zu waschen, greift die sozialdemokratische Presse zu allerhand Ausflüchten und direkten Unwahrheiten. Der am schärfsten blösgestellte Kassenvorwarter Lejter wird einfach abgestützt.

Um die Wirkung des Skandals abzuschwächen und die Sozialdemokratie rein zu waschen, greift die sozialdemokratische Presse zu allerhand Ausflüchten und direkten Unwahrheiten. Der am schärfsten blösgestellte Kassenvorwarter Lejter wird einfach abgestützt.

wichtige Stellung wird die Sozialdemokratie doch niemals einem Abtrünnigen oder Renegaten übertragen. Mit dem Abschütteln ist's also nicht.

Direkt unwar ist eine andere Ausflucht der Sozialdemokratie, wonach die Mehrzahl der Beamten in der betr. Krankenkasse Zentrumleute sein sollten. Einige rote Blätter konstruieren sich mit dieser Behauptung schon eine „Zentrums“-Mißwirtschaft in der genannten Krankenkasse zusammen.

Die Maifeier auf dem Parteitag. Es hat doch eine eigene Verwandnis mit dem sozialdemokratischen „Weltfeiertag“.

Die Maifeier auf dem Parteitag. Es hat doch eine eigene Verwandnis mit dem sozialdemokratischen „Weltfeiertag“. Er kommt nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Immer und immer wieder beschäftigt er die sozialdemokratischen Gemüter.

Das kann gut werden, vorausgesetzt, daß der gefasste Beschluß konsequent durchgeführt wird. Doch daran ist ja nicht zu denken. So wird sich der nächste Parteitag wieder mit der Maifeierfrage unterhalten können.

Sozialdemokratische Weltverbesserer. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht in Nr. 213 eine graphische Darstellung über die Ungleichheit der Wahlkreise zum deutschen Reichstag.

Auf dieser Versammlung kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen Revisionsisten und Radikalen, die dazu führten, daß die große Mehrzahl der Stuttgarter Delegierten, sowie jener einer Anzahl Städte und ländlicher Mitgliedschaften unter Protest die Tagung verließen.

„Zum Verständnis der Vorgänge sei das Delegations-system zur Landesversammlung, durch das die größeren Mitgliedschaften, in denen das Parteileben am regsten pulsiert, und die auch die finanziellen Träger der Landesorganisation sind, arg benachteiligt werden, hier skizziert.

Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern wählen einen Delegierten, mit 100-200 Mitgliedern zwei Delegierte, mit über 300 Mitgliedern auf je weitere volle 200 Mitglieder je einen weiteren Delegierten.

Diese Bestimmung macht es möglich, daß 49 Mitgliedschaften mit je 6 bis 20 und insgesamt 729 Mitgliedern 49 Delegierte zur Landesversammlung entsandten, während die beiden großen Vereine Stuttgart und Cannstatt mit 8007 Mitgliedern nur 41 Delegierte entsenden konnten.

Gegen diese traffe Ungerechtigkeit wendete sich ein Antrag Stuttgart und anderer Mitgliedschaften, der verlangte, daß auf Antrag von 15 Delegierten eine namentliche Abstimmung erfolgen müsse. Weiter wurde gefordert, daß auf Verlangen der gleichen Zahl Delegierter die Abstimmung nach Zahl der vertretenen Parteigenossen erfolgen müsse.

Also 729 Mitglieder wählen 49 und 8007 Mitglieder 41 Delegierte. Gegen dieses Verhältnis ist die Einteilung der Reichstagswahlkreise noch ein Ideal von Gerechtigkeit. Und trotzdem lehnte die Mehrheit der Genossen

eine gerechtere Regelung des Delegierten-systems ab. Solche Leute haben jedenfalls das Recht vermittelt, der Regierung und den bürgerlichen Parteien Vorwürfe bezüglich ihrer Stellung zur Frage der Wahlkreis-einteilung zu machen.

Ein Trugbild ist die auf dem Jenaer Parteitag zur Schau getragene Einigkeit der sozialdemokratischen Brüder. Die Gegensätze werden mit Rücksicht auf die Wahlen künstlich verkleinert. Daß diese noch ebenso klaffend sind, wie vordem auch, beweist ein Blick in die Parteitagsnummer der „Sozialistischen Monatshefte“.

Die Intransigenten (Unversöhnlichen) hüben wie drüben haben sich in eine Sackgasse verirrt. Weder die Hoffnungen der Scharfmacher und ihrer Anhänger noch die der „hyperrevolutionären“ Sozialdemokraten werden sich erfüllen. Deutschland kann den Zustand, wie er zurzeit in der innern Politik besteht, auf die Dauer nicht ertragen; andererseits sind die Verhältnisse auch nicht im mindesten dazu angetan, die Durchführung der sozialen Revolution im Sinne der sozialdemokratischen Intransigenz erwarten zu lassen.

Neben Koll teilen auch andere, so Fischer, Bernstein und Schippel kräftige Ohrfeigen aus. Ludwig Duesel unternimmt eine Attacke gegen Kautskys eben neuverlegte Schrift: „Die soziale Revolution“.

„Wie der alte friedliche Utopismus am Anfange des vorigen Jahrhunderts sich unsäglich erwies, gangbare Wege für die Emanzipation des Proletariats aufzuweisen, so zeigt sich auch der moderne, sozialrevolutionäre Utopismus der Katastrophenpolitik außerstande, die Möglichkeiten auszunutzen, die die Gegenwart uns für die ökonomische, intellektuelle und moralische Hebung der Arbeiterklasse bietet.“

Mit der Einigkeit ist also nichts. Ist die Wahl vorüber, so werden sich die Genossen halb genug wieder in den Haaren liegen.

Aus unserer Industrie.

Aus dem Jahresbericht des Vereins Süddeutscher Baumwoll-Industrieller.

Dem Vereine sind 100 Firmen angeschlossen, die insgesamt 3 199 291 Spindeln und 53 395 Webstühle umfassen. Derselbe gehört auch dem Zentralverband deutscher Industrieller als Mitglied an, in dessen Direktorium der Verein durch seinen Vorsitzenden Herrn Geheimrat Sommerer vertreten ist.

Die vom Verein 1910 angebahnte allgemeine Betriebseinschränkung kam nicht zustande. Von den süddeutschen Spinnern und Webern stimmten zu ohne Vorbehalt 1856 430 Spindeln und 23 322 Webstühle; bedingungsweise stimmten zu 315 047 Spindeln und 7298 Webstühle.

war das Ergebnis der Abstimmung gleich Null, auch von Elsaß-Lothringen war nichts zu erhoffen. Mehlisch ging es mit einem vom Verein süddeutscher Baumwoll-Industrieller eingeleiteten Aktion behufs gemeinsamer Erhöhung der Garnpreise.

Da die bisherige Fassung der Arbeitsordnungsbestimmungen über Lohnabzüge vielfach beanstandet wurde, hat der Verein bei den zuständigen Ministerien in Bayern, Württemberg und Baden Schritte unternommen. Er stellte eine neue Fassung auf, die „auf einwandfreier juristischer Grundlage“ die Schadloshaltung des Arbeitgebers bei fehlerhafter Arbeitsleistung und die Einziehung von Geldstrafen sichern soll.

Ein unerfreuliches Bild

von der Lage der Textilindustrie entwirft der kürzlich erschienene Jahresbericht der Handelskammer Schopfheim. Mamentlich wird geklagt über die Verhältnisse in der Baumwollspinnerei, die bei teuren Rohstoffpreisen und unzureichenden Garnpreisen und teilweise recht schleppendem Absatz kaum auf die Deckung der Selbstkosten gekommen ist.

Am schlimmsten klagt die Baumwollweberei, die neben hohen Produktionskosten für ihre Ware nicht einmal den nötigen Absatz finden konnte, so daß manche Fabriken zu Betriebs-einschränkungen schreiten mußten. Einzig die Tuchfabrikation weist gegenüber dem Vorjahr eine kleine, wenn auch nicht anhaltende Besserung auf.

Die Floretseidenweberei kann auf ein befriedigendes Geschäftsergebnis im vergangenen Jahr zurückblicken, weniger die Seidenstoffwebererei, deren Geschäftsgang im Jahre 1910 noch schlechter war, als im Vorjahre, denn die großen Konsumartikel — Wulst-, Unterkleider- und Futterstoffe — werden sehr wenig begehrt und auch das laufende Jahr läßt die Aussicht nicht besser werden.

Ueber die Lage der elässischen Textilindustrie

entnehmen wir dem „Elässischen Textilblatt“ folgendes: Die elässischen Baumwollspinnereien sind noch genügend beschäftigt. Die vor einiger Zeit vorgenommenen Reduzierungen der Gespinnstpreise haben hin und wieder neue Orders eingebracht, das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Garnpreisen konnte jedoch nicht behoben werden und wirkt auch heute noch hemmend auf das Garngeschäft.

Eine Verschlechterung der Baumwollernte?

Der Anfang des Monats vom Ackerbau-bureau in New-York herausgegebene Bericht über den Stand der amerikanischen Baumwollernte bleibt weit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Der Bericht zeigt eine Ziffer von 73,2 Prozent, gegen 89,1 Prozent im Vormonat. Das bedeutet also eine Verschlechterung von zirka 16 Prozent.

Wie sich die jetzige Bezugszahl im Vergleich mit den Vorjahren repräsentiert, zeigt folgende Tabelle:

Table with 6 columns: Year, and 5 pairs of values representing percentages for different months (June, July, August, Sept, Oct) across years 1911 to 1900.

Es ist heute noch viel zu früh, auch nur einigermaßen zuverlässig auf Grund der obigen Ziffer das Resultat der Baumwollernte ausrechnen zu können. Im vorigen Monat lauteten die schätzungsweise Angaben auf 14,5 Mill. Ballen, während die jetzigen Angaben zwischen 12,9 und 13,85 Mill. Ballen schwanken.

Der Bericht des Ackerbau-bureaus wird indes stark angezweifelt. Er findet, wie berichtet wird, selbst in Amerika wenig Glauben und verursacht nur für den Moment einige Aufregung. Die „Rheinisch-Westf. Zig.“ meint, die amerikanische Regierung habe ja leider so gut wie gar nichts mehr mit der Schätzung zu tun.

Die Baumwollpreise selbst haben übrigens durch den Bericht keine wesentliche Aenderung erfahren.

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung! Verlegung der Zentralstelle. Achtung!

Die Zentralstelle befindet sich vom 15. Sept. ab: Düsseldorf 56, Kavalleriestraße 22, Fernsprechnummer 4423.

Auf den vorgedruckten Couverts und den anderen Druckfachen möge vom 15. Sept. an die alte Adresse durchgestrichen und an deren Stelle die neue geschrieben werden.

Die Zahlkarten für unser Postcheckkonto können weiter benutzt werden. Aenderungen des Vordrucks auf dem Hauptteile der Zahlkarten dürfen nicht vorgenommen werden.

Wir möchten die Kollegen und Kolleginnen erneut bitten, alle Zuschriften, gleichviel ob dieselben die Redaktion oder das Kassens- oder Unterstufungswesen betreffen, nur an die Geschäftsstelle des Verbandes zu adressieren.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Ein Schlußwort.

Die Diskussion über die Frage der Lokalbeiträge ist vorläufig geschlossen. Das Ergebnis der gepflogenen Aussprache ist interessant genug, um in einem Rückblick kurz gewürdigt zu werden. In diesem Rückblick möchten wir nicht nur das Ergebnis der Bezirkskonferenzen und der zur Veröffentlichung gelangten Zuschriften, sondern auch den Inhalt der Zuschriften würdigen, die nach Schluß der Debatte noch vorhanden waren und den Verfassern zurückgeschickt wurden.

Die Stellung der Bezirkskonferenzen

zu dieser Frage. Zu diesen wurde ja je ein Mitglied des Zentralvorstandes delegiert, um dessen Vorschlag zu begründen. Daß die Ausführungen der Vertreter des Zentralvorstandes auch überzeugend wirkten, beweisen die beschlossenen Resolutionen zugunsten der Einführung von Lokalbeiträgen.

Widerheit gegen die Resolutionen. Im allgemeinen ... man auf diesen Konventionen der Ansicht, daß bei entsprechender Unterstützung u. ... zuehung der Mitglieder, der Vorschlag des Zentralkomitees sehr wohl durchführbar sei.

Auch die Zuschriften aus Mitgliederkreisen zeigen zum großen Teil Verständnis für die Notwendigkeit einer Stärkung der Verbandsklasse, wenn auch die Ansichten über die Mittel und Wege dieses Ziel zu erreichen auseinandergehen. Aber auch manche Bedenken wurden laut. Gewiß in bester Absicht vorgebracht, aber doch nicht immer stichhaltig und zutreffend. Manche von den dunklen Befürchtungen und Prophezeiungen konnten wir als alte Bekannte begrüßen, weil sie stets bei derartigen Gelegenheiten auftauchen.

Am unerfreulichsten sind jene Zuschriften mit persönlich zugesprochenen verletzenden Bemerkungen, wie z. B.: „auch stammen solche Fälschungen (solche zugunsten der Lokalbeiträge) nicht selten aus der Feder von Kollegen, welche gerne nach oben die Blinden spielen möchten.“ oder: „Sollten aber trotz der triftigen Gegenstände, dennoch die Lokalbeiträge durchgeführt werden, so mögen jene Kollegen, die blindlings auf das gestreckte Ziel lossteuern, auch die Konsequenzen tragen.“ Das kann als objektive Prüfung und Würdigung der zur Diskussion gestellten Frage nicht bezeichnet werden. Zur Entschuldigung der Verfasser wollen wir auch hier annehmen, daß es nicht so ernst gemeint war.

Nun zu den Bedenken selbst. Da sind zunächst Zuschriften, die sich zum Teil recht scharf, überhaupt gegen alle etwaigen Maßnahmen zur Stärkung der Zentralkasse wenden. Da wird losgezogen über das „ewige Kapitel der Beitragserhöhung; über das immerwährende „leidige Klappen und Zupfen an den schlechter gestellten Kollegen“. Es müsse endlich „eine Zeit der Ruhe und Stetigkeit“ kommen. Diese Kollegen behandeln eine vollständige

Verkenntnis des Wesens einer modernen Gewerkschaft.

Eine solche muß es verstehen, sich den jeweiligen Zeitverhältnissen und -bedürfnissen anzupassen, widerstandsfähig an Anziehungskraft einbüßt. Und diese Verhältnisse und Bedürfnisse sie wechseln und wachsen beständig. Auch in unserem Verbands mit seinem rege pulsierenden geistigen und agitatorischen Leben tauchen neue Aufgaben, neue Bedürfnisse auf; die Anforderungen auch der Mitglieder selbst an die Organisation erhöhen sich. Man vergleiche nur die jeweils von den Ortsgruppen gestellten Anträge zur Generalversammlung. Wäre es da zweckmäßig und klug, läge es im Verbandsinteresse, alle diese Anträge, nur weil sie Geld kosten, kurzerhand abzulehnen und so die erfreulichen Lebensäußerungen der Mitgliedschaften zu unterbinden? Dadurch würde allerdings „eine Zeit der Ruhe und Stetigkeit“ herbeigeführt. Eine Ruhe und Stetigkeit nach Sirich-Dunckerchem Muster. Daß dies im Interesse des Verbandes und der Mitglieder läge, wird kaum ein Kollege behaupten wollen. Vielleicht aber überlegt sich die nächste Verbandsgeneralversammlung und setzt mal solche Kollegen in den Zentralvorstand, die gegen das „ewige Kapitel der Beitragserhöhung“ gegen das immerwährende „Klappen und Zupfen“ und für eine Zeit „der Ruhe und Stetigkeit“ sind. Wir wären gespannt, wie diese Kollegen es fertig brächten, den Verband vorwärts zu bringen, den agitatorischen Bedürfnissen, wie auch den wachsenden Anforderungen zur Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden, ohne von ihrem Prinzip abzukommen.

Verständlicher sind die Äußerungen, die den jetzigen Zeitpunkt für ungeeignet zur Durchführung des Projektes halten; die zur Zeit von der Propagierung derselben eine ungünstige Beeinflussung der Agitation befürchten. Gewiß, die Geschäftslage in der Textilindustrie ist noch keine günstige. Allenthalben wird von einem Darniederliegen der meisten Zweige unserer Industrie berichtet. Die Unsicherheit des Baumwollmarktes, die immer noch ungeklärte politische Situation wirken lähmend auf den Geschäftsgang. Die ankaltende Dürre läßt zudem ein weiteres Ausziehen der Lebensmittel zu befürchten. Angesichts dessen ist die in manchen Zuschriften und persönlichen Äußerungen zutage tretende Stimmung zu verstehen. Meist ließ man sich aber hierbei von einem fundamentalen Irrtum leiten. Man vergaß, daß es sich bei der ganzen Aktion gar nicht um die sofortige Durchführung, sondern vorerst nur um die entsprechende Vorarbeit handelte. Die Mitglieder sollten über die gegenwärtige gewerkschaftspolitische Lage aufgeklärt und nach und nach von der Notwendigkeit der vorgelegenen Maßnahmen überzeugt werden. Wir hoffen, daß dann bei einem günstig erscheinenden Zeitpunkt eine Reihe von Ortsgruppen freiwillig zur Erhebung von Lokalbeiträgen übergingen. Die nächste Generalversammlung hätte dann um so leichter einen entsprechenden Beschluß fassen können. Dieser wäre abnehmbar mit 1. Januar oder 1. April 1912 in Kraft getreten. Bis dahin aber wären die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten obengenannter Art, wohl größtenteils überwunden gewesen. Das war unsere Ansicht. Wenn etwas geeignet war, die bevorstehende Herbst- und Winteragitation zu beschleunigen, so war es wohl weniger dieser Vorschlag an sich, als die irrümlich falsche Auffassung desselben und die in einigen Zuschriften enthaltenen, zum Teil recht düsteren Stimmungsbilder.

Eine große Rolle spielte in den ablehnenden Zuschriften auch diesmal wieder die Furcht vor einer **Mitgliederflucht.**

Sie taucht stets auf bei derartigen Gelegenheiten. Dieser Einwand gehört zu den eingangs erwähnten alten Bekannten. Wenn wir ihn berückichtigen, so nur deswegen, weil manche den 1908/09 erlittenen Mitgliederverlust ganz oder vorwiegend auf das Konto der Beitragserhöhung schieben. Das ist vollständig unzutreffend. Derjelbe war vor allem auf die zu Beginn des Jahres 1908 einsetzenden wirtschaftlichen Krise zurückzuführen. Ein Blick ins Verbandsprotokoll wird dies jedem bezeugen. Wir hatten bis zum Stattfinden der Generalversammlung, das ist vom 1. April bis 1. Oktober 1908, bereits 5199 Mitglieder verloren. Daß diese auf das Konto der Beitragserhöhung zu buchen sind, wird doch kein Mensch behaupten wollen. Vom 1. Oktober 1908 bis 1. Juli 1909, also während der Bekanntgabe und des Inkrafttretens der in Augsburg gefassten Beschlüsse, büßten wir weitere 5985 Mitglieder ein. In dieser Zeit fiel aber die Säuberung der Mitgliederlisten. Es ergab sich, daß zirka 3000 Mitglieder gebucht waren, die in Wirklichkeit schon längere Zeit gar nicht mehr dem Verbands angehörten. Bringen wir diese in Abzug, so blieben höchstens noch 2985 Mitglieder, deren Verlust mit einem gewissen Anschein von Berechtigung der Beitragserhöhung zugeschrieben werden könnte. Demgemäß sind auch die in einigen Zuschriften enthaltenen Behauptungen und die an diese geknüpften Schlussfolgerungen zu bewerten. Im übrigen möchten wir gerade diesen Kollegen dringend ans Herz legen, sich mal die im Protokoll der Augsburger Generalversammlung S. 15 unter der Rubrik „Beitragserhöhung und Mitgliederzahl“ verzeichneten Darlegungen gründlich einzuprägen.

Doch, die Gegner der Beitragserhöhung sehen das Heil der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht in scharfen Kampforganisationen, sondern in möglichst viel Mitgliedern und Anhängern. In starken Verbänden und starken Ortsgruppen, welche sich auf die Sympathie weiterer Bevölkerungskreise stützen, erhoffen sie nicht nur leichte Erfüllung ihrer Arbeiterwünsche zu finden, sondern auch Stärke gegenüber erdrückender Uebermacht sozialdemokratischer Organisationen“, meint ein Kollege. Wir müssen gestehen, viel gewerkschaftliche Erfahrung spricht nicht aus diesen Worten. Ohne den Einfluß der öffentlichen Meinung unterzulegen zu wollen, müssen wir doch fragen was fangen wir in einem großen wirtschaftlichen Kampf mit viel Mitgliedern und Sympathien, ohne entsprechende starke Kriegskasse an? Man vergißt immer und immer wieder, daß mit steigender Mitgliederzahl auch die Anforderungen an die Organisation entsprechend wachsen.

Nun noch ein Wort über die

Vorschläge aus Kollegenkreisen,

die die Stärkung der Zentralkasse zum Ziele haben. Einen günstigeren Vorschlag wie den des Zentralvorstandes haben wir nicht gefunden. Die vorgeschlagenen Wege sind entweder nicht gangbar, oder ihr finanzieller Effekt ist zu gering. Letzteres gilt vor allem von der Herabsetzung der Ortsgruppenprozente auf die frühere Höhe und von einer geringen Einschränkung der Unterstützungsleistungen. Eine weitere Verringerung der Prozente aber ist nicht gangbar, wenn nicht durch einen Lokalbeitrag der Ausfall ersetzt wird. Die Ortsgruppen kämen mit zehn oder acht Prozent allein nicht aus. Die Folge wäre, daß die Agitation brach gelegt, oder die Zentralkasse mehr in Anspruch genommen würde. Ein Nutzen entstände der letzteren also nicht.

Auch von der Agitation zum Eintritt in die höheren Beitragsklassen — so wünschenswert diese ist — ist nicht alles Heil zu erwarten. Wir werden nur eine beschränkte Anzahl von Kollegen und Kolleginnen veranlassen können, in die höheren Klassen einzutreten. Und die es tun, lassen sich hierbei auch nicht immer von Idealismus leiten, oft ist kluge Berechnung, Wahrnehmung des persönlichen Vorteils. Dem erhöhten Beitrag entsprechen eben auch die Unterstützungsleistungen, so daß das Zurücktreten in die höheren Klassen weniger einen Gewinn für die Zentralkasse, wie einen Vorteil für die betreffenden Mitglieder selbst bedeutet.

Ganz unzulässig sind u. G. die Vorschläge, die auf eine radikale Beseitigung der Kranken-, oder der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hinführen. Diese Kollegen unterschätzen doch den agitatorischen Wert vor allem der Krankenunterstützung. Sie unterschätzen den Wert derselben als Mittel zur Milderung der Mitgliederfluktuation. Allenthalben klagt man über zunehmenden Mangel an Idealismus. Ja, glaubt man denn mit der Streit- und Maßregelungsunterstützung allein auszukommen? Auch in jenen Gegenden, die noch gewerkschaftliches Neuland sind und die Arbeiter auf Jahre hinaus an einen Streit nicht denken können? Das ist ausgeschlossen. Ausgeschlossen selbst dann, wenn die Beiträge entsprechend ermäßigt würden. Es ist doch eine Erfahrungstatsache, daß die Arbeiter nicht nur fragen, wie hoch ist der Beitrag, sondern viel mehr noch, was leistet die Organisation. Und da ist es besonders die Krankenunterstützung, die in der Agitation — speziell unter den Arbeitern — die

besten Dienste geleistet hat und noch leistet. Glauben die Befürworter der Beseitigung dieser Unterstützungsleistungen überhaupt im Ernst an die Möglichkeit, eine Mehrheit für ihren Vorschlag auf einer Generalversammlung zu erhalten? Das ist u. G. ganz ausgeschlossen. Dann aber wäre es Kraftvergeudung und Kraftzerspitterung, wollte man sich auf diesen aussichtslosen Vorschlag versteifen, statt den immerhin viel gangbareren Weg des Zentralvorstandes zu gehen.

Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung vertritt man immer und immer wieder, daß sie nicht nur Notunterstützung, sondern auch gewerkschaftliches Kampfmittel ist. Es soll der Arbeitslose in Zeiten der Not über Wasser gehalten und dadurch verhindert werden, daß er, durch die Not getrieben, in bestreikten und gesperrten Betrieben Arbeit zu jedem Preis annimmt. Das wäre übrigens eine schlechte Begründung unserer Forderung auf Einführung der kommunalen oder staatlichen Arbeitslosenunterstützung, wenn wir die bereits geschaffene Arbeitslosenfürsorge wieder aufheben wollten.

So kommen wir bei eingehender Erwägung all der gemachten Vorschläge immer wieder auf den Vorschlag des Zentralvorstandes zurück. Die Diskussion ist ja nun vorläufig vertagt. Das enthebt uns aber nicht der Pflicht, im Laufe des nächsten Herbstes und Winters erzählerisch nach der Richtung zu wirken. Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß bald eine Anzahl Ortsgruppen durch praktische Verwirklichung unseres Vorschlages den klaren Beweis liefern werden, daß einige Kollegen tatsächlich zu schwarz gesehen haben. Mögen diese doch die wirklich zutreffenden Worte beherzigen, die in der in der vorigen Nummer an erster Stelle stehenden Zuschrift zur Lokalbeitragsfrage enthalten sind. All unseren Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu:

Du sollst nicht mutlos halten still
Bei halbem Werk und rufen voller Bangen:
Unmöglich ist's. Dumm, daß ich's angefangen!
Der Mensch kann alles, was er ernstlich will.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Borghorst (Westf.).

Die Firma Arnold Kock sendet uns nachstehende Berichtigung:

In Nr. 35 Ihres geschätzten Blattes vom 2. d. Mts. bringen auch Sie einen Artikel „Nach dem Kampfe“, der voller Unrichtigkeiten ist und ich ersuche Sie daher auf Grund des Pressegesetzes, denselben durch Veröffentlichung folgender Zeilen zu berichtigen.

Vor der Aussperrung ist sämtlichen organisierten Arbeitern der Bleicherei Wilmberg versprochen worden, daß sie nach Beendigung der Aussperrung wieder an ihre Plätze gestellt würden. Die Aussperrung war beendet und alle Leute ohne Ausnahme erhielten den Bescheid, daß sie ihre Plätze wieder einnehmen könnten, zum alten Lohn und zu den alten Bedingungen. Daraufhin aber wurde den Leuten von ihrem Verbands verboten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Firma hat trotzdem wiederholt angefragt, ob die Leute nicht wiederkommen wollten und ihnen schließlich mitgeteilt, daß sie sich an ihr Versprechen nicht mehr binden könne, falls die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde.

Als trotzdem die Leute nicht wiederkamen, sah sich die Firma gezwungen, ihr Versprechen zurückzuziehen. Von einem Wortbruch kann also gar keine Rede sein. Als nun endlich der Verband den Leuten das Wiederkommen erlaubte, sind die freien Plätze wieder mit den organisierten Arbeitern besetzt worden, und es ist keiner zurückgewiesen. Natürlich waren jetzt zuviel Leute da und die Firma stand vor der Notwendigkeit, 2 Leute zu entlassen.

An der Reinigung des Klärteiches sind sowohl Organisierte als Nichtorganisierte beschäftigt worden. Es gibt angenehme und unangenehme Arbeiten in einem Fabrikbetriebe, die jeder, der Interesse am Werk hat, gern übernehmen sollte. Die Firma muß es ablehnen, bei den organisierten Arbeitern hier eine Ausnahme zu machen.

Hochachtungsvoll
für Bleicherei Wilmberg
H. Doepler.

Hierzu schreibt unser Gewährsmann:

Auf die Berichtigung des Herrn Direktor Doepler folgendes zur Antwort: In der Einleitung schreibt der Herr, daß der Artikel „Nach dem Kampfe“ voller Unrichtigkeiten ist und berichtet dann über den Hergang der Aussperrung. Dann schreibt er: „Von einem Wortbruch kann also gar keine Rede sein“. Wir stellen aber fest, daß der Herr Direktor die Schlussverhandlung mit den ausgesperrten Arbeitern am 20. Juni, die zur Wiederaufnahme der Arbeit am 21. Juni führte, unterschrieben hat. Am 20. Juni ist allen ausgesperrten Arbeitern die alte Arbeitsstelle versprochen. Wo dieses nicht sofort geschehen konnte, sollte solches spätestens am 10. Juli geschehen. Herr Direktor Doepler hat dieses den Arbeitern sogar schriftlich gegeben. Am 10. Juli haben auch die betr. Arbeiter einige Stunden an der alten Arbeitsstelle gearbeitet. Dieses hat aber der Direktor nicht geduldet, sondern die Leute an niedrig entlohnte Hofarbeit gestellt. Ist dieses vielleicht nicht wahr? Es ist aber wahr, und wie nennt man ein solches Sandeln, Herr Direktor?

Der Herr Direktor schreibt weiter, es seien 2 Arbeiter zu viel dort gewesen. Tatsache ist aber, daß der zuerst gekündigte Fabrikarbeiter hätte bleiben können, wenn er aus der Organisation ausgeschieden wäre. Oder hätte man sich, wenn dieses geschehen, ein anderes Opfer erkoren?

Die organisierten Arbeiter wollen keine Bevorzugung. Sie wünschen nur, daß immer so gehandelt wird. „Jeder solle Interesse am Werk haben“, schreibt der Herr Direktor. Hierauf eine Frage: Herr Direktor, Doestler, erinnern Sie sich noch des 18. Mai 1911, wo es Ihnen nach tagelangen Bemühungen unter Zuhilfenahme aller Ihnen zu Gebote stehenden Mittel gelungen ist, die organisierten Arbeiter zu veranlassen, einen Reviers zu unterschreiben, daß sie aus der Organisation austreten wollen und sich verpflichteten, niemals wieder beizutreten. Glauben nicht auch Sie Herr Direktor, daß in solchen Momenten, wo die Arbeiter, dem Drucke gehorchend, gegen ihre Ueberzeugung handeln müssen, ein großes Stück des Interesses am Werk verloren geht? Soll das Interesse in Wirklichkeit erhalten bleiben, dann soll man den Arbeitern ihre heiligen Rechte nicht verkümmern.

Bremen.

Die traurigen Lohnverhältnisse auf der hiesigen Jute-Spinn- und Weberei haben seit einiger Zeit zu einer Lohnbewegung geführt. Nach längeren Vorbereitungen wurde der Direktion durch den Arbeiterausschuß eine etwa 20%ige Lohnforderung unterbreitet. Die Direktion ist jedoch nicht Willens, die Löhne in nennenswerter Weise aufzubessern. Sie suchte die Sache in die Länge zu schieben, um der gefährdeten Bewegung ausweichen zu können. Statt der gewünschten Lohnerhöhung wurden dem Ausschuß allerlei gute Ratschläge mit auf den Weg gegeben. So soll der Ausschuß für Errichtung einer Fabriksummenskate eintreten. Ferner wurde ihm der Rat erteilt, er möchte bei den Arbeiterabgeordneten darauf hinwirken, daß sie für höhere Schutzgelder eintreten, damit die Fabrik gegen die ausländische Konkurrenz besser geschützt sei. Da jedoch den Arbeitern allein mit guten Ratschlägen nicht gedient ist und weil man zur Ueberzeugung gekommen war, daß ernstere Maßnahmen notwendig waren, beschloß am 5. September die Feinspinnerinnen am folgenden Tage die Kündigung einzureichen. Dieses ist nun mittlerweile geschehen. Die Firma hat hierauf den Arbeitern und Arbeiterinnen verschiedener anderer Abteilungen ihrerseits die Kündigung zugestellt. Wenn nicht alles täuscht, gehen wir in Bremen einem schweren Lohnkampf entgegen. Doch wird die Firma durch denselben zur Ueberzeugung gebracht werden, daß ohne eine ordentliche Aufbesserung der Löhne eine Wiederherstellung des Friedens unmöglich ist.

Delmenhorst.

Nach Beendigung des Streiks auf der hiesigen Jute-Spinn- und Weberei brachte das Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes einen fulminanten Siegesartikel. Daraufhin haben wir in Nr. 33 der „Textilarbeiterzeitung“ das Phrasengebimmel auf seinen wahren Wert zurückgeführt. Darüber entriß sich nun jemand in der Nr. 35 des roten „Textilarbeiter“.

Unsere Polemik hat nun doch auch bei diesem Genossen schon gewirkt. Während er zuerst von der „inneren Befriedigung“ geseufzt hatte, von dem „Erfolg dieses Kampfes“, von den „freudigen Gemütern“ usw. muß er jetzt schon recht kleinlaut zugegeben: „Der Erfolg des Kampfes war nicht groß.“ Die Erkenntnis kommt also schon. Sie wird noch deutlicher in die Erscheinung treten, wenn zu Weihnachten verschiedene Arbeiter 20 bis 40 Mark Prämien weniger bekommen wie voriges Jahr. Interessant ist, wie der Kritischschreiber unsere Behauptung, die Arbeiter müßten selbst die Kosten der Bewegung tragen, ignoriert. Warum wird dieses nicht widerlegt? Ferner, warum widerlegt man nicht unsere Behauptung, daß der Zentralvorstand des roten Verbandes den Streit überhaupt nicht vorher genehmigt hat? Wie kann man das Verhalten der Mitglieder in der ersten Versammlung so harmlos darstellen, wie das in Nr. 35 des „Textilarbeiter“ geschieht. Wo doch der so übel behandelte Herr Reichelt aus Berlin selbst in einer Versammlung erklärte, so wie in Delmenhorst sei ihm in seinem Leben noch nicht mitgespielt worden. Darum, die Kritik im „Textilarbeiter“ ist ein wirkliches Verlegenheitsprodukt. Worauf es doch hauptsächlich ankam zu widerlegen, das verschweigt man und hilft sich lieber mit einem Geschimpfe auf die bösen Christlichen.

Die Zustände im deutschen Textilarbeiterverbande fallen mit der Zeit auch dem Fernstehenden auf. Die Streiks werden zum großen Teil gegen den Willen der roten Leitung von den Arbeitern einfach beschlossen. Wenn sich die Beamten hiergegen wehren, werden ihnen Brägel angeboten, wie wir an einer ganzen Anzahl Fälle nachweisen können. Geht nun ein so inszenierter Streik gut, dann wird er als ein Erfolg des Verbandes gebucht und in der Zeitung verherrlicht. Geht die Geschichte schief, dann schreibt man nachher spaltenlange Artikel über die Befolgung taktischer Maßnahmen bei wirtschaftlichen Kämpfen. Genügt auch dieses nicht mehr, dann wird nach bekannten Rezepten über die Christlichen hergezogen, bis die Mitglieder wieder in einer solchen Versammlung sind, daß weiter gemurrt werden kann.

Jöllenberg.

Wie schon in voriger Nummer mitgeteilt wurde, sind unsere Mitglieder der Firma C. A. Delius u. Söhne hier am Samstag, den 10. d. in den Streik getreten. Da bis heute keinerlei Verhandlungen stattfanden und auch die Mitbürger sich sehr für die Sache der Arbeiter interessieren, wurde für Donnerstag, den 14. d., abends eine öffentliche Versammlung anberaumt. Nicht zahlreiche waren die Mitbürger und Arbeiter der Einladung gefolgt. Wäre der Saal größer gewesen, noch mehr wären zugegen gewesen. Inmitten waren 700 Personen

erschienen. Kollege Spiekerkötter leitete die Versammlung und der Bezirksvorsitzende Kollege Camps referierte. Einleitend wies dieser auf die Gründung und den Werdegang der Ortsgruppe Jöllenberg und die Aufgaben der Organisation hin, um sodann auf die Ursachen des jetzigen Streiks näher einzugehen. Ohne verlegend zu werden wurden die Vorkommnisse deutlich geschildert und das Vorgehen der Firma als äußerst verlegend für die Arbeiter hingestellt. Auch über die angeblichen Lehrverträge wurde gesprochen und diese als gefällig umgüßig bezeichnet. Die streikenden Arbeiter wurden zur Disziplin und Ruhe ermahnt und zum Schluß der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Firma einsehen möge, daß auch für sie eine Verständigung nützlich wäre. Waren schon während des Vortrages Beifallsstürmungen erfolgt, so wurden diese umso eindrucksvoller, als der Kollege Camps nach 1 1/2 Stunde endete. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 14. Sept. im Saale des Herrn Kuhlmann von Bürgern und Arbeitern äußerst zahlreich besuchte Versammlung, hat von den Ursachen des Streiks bei der Firma C. A. Delius u. Söhne Kenntnis genommen. Sie spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Firma aus nichtigen Gründen ihren Arbeiterausschuß entlassen hat. Die Versammlung bedauert dieses umso mehr, als dadurch die übrigen organisierten Arbeiter gezwungen wurden, in den Streik zu treten.“

Die Versammelten erkennen aber an, daß die Arbeiter nicht anders handeln konnten und erwarten, daß recht bald auch die Firma zu einer Verständigung bereit ist, damit der Friede wieder hergestellt wird. Die Versammelten versprechen den Streikenden alle Sympathie und moralische Unterstützung.“

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Spiekerkötter, in welchem dieser allen Erschienenen dankte und auch die streikenden Arbeiter zur Einigkeit und Ruhe ermahnte, wurde die schon verlaufene Versammlung kurz nach 10 Uhr geschlossen.

Sulz (Ober-Elß).

Die wilden Streiks im Elß lagen sich zur Zeit förmlich. Haben wir kürzlich von einem solchen Streik in Sennheim berichtet, so ist jetzt ebenfalls wieder ein solcher für die Webereiarbeiter in der Seidenstoffweberei vorm. Baumann-Älter in Sulz zu verzeichnen. Grund hierzu gab die Maßregelung zweier Arbeiter, die aber die Firma nur auf Grund pflichtwidrigen Verhaltens und fehlerhaften Leistungen entlassen haben will. Außerdem soll sich die Firma nicht an ihre Zugeständnisse, die sie gelegentlich eines ähnlichen Streikes vor etwa 4 Monaten machte, gehalten haben. Die ca. 300 streikenden Arbeiter sind nahezu sämtlich im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisiert, sind jedoch ohne ihre Verbandsleitung zu benachrichtigen und ohne Kündigung in den Streik getreten. Vom Gauleiter Glanzmann sind dann aber die Ausständigen zum Weiterstreifen aufgefordert und ist sämtlichen Organisierten, auch den Neubetreitenden, Unterstützung in Aussicht gestellt worden.

Das kann auf die Dauer gut werden. Da braucht man sich über die Zustände in Preßfeld nicht zu wundern. Bei einem Verhalten der sozialdemokratischen Verbandsführer, wie das im Elß gang und gäbe ist, müssen sich derartige Zustände herausentwickeln. Wenn die Mitglieder jetzt sich nicht an das Statut zu halten brauchen, ist nicht einzusehen, warum sie das später, bei eventl. in Aussicht stehenden größeren Kämpfen tun sollen. Die Zeitung geht ihnen ja mit gutem Beispiel voran. Sie bestärkt die Arbeiter in ihrem Vorgehen und fordert sie auf zum Weiterstreifen. So oder ähnlich wenigstens hat man in Sennheim getan, so tut man jetzt in Sulz. Das Schönste aber ist, die Zentralleitung sanktioniert diesen Streik und genehmigt die Unterstützung. Solche, die die statutenmäßige Karenzzeit zurückgelegt haben, erhalten die volle, jene die über 13 bis 26 Wochen organisiert sind, bekommen 3/4 und die unter 13 Wochen 1/2 der Unterstützung. So verkündete der Gauleiter den Streikenden. Der „Textilarbeiter“ aber müht sich im Schweiße seines Angesichtes ab, den Mitgliedern „die Anordnung und Befolgung taktischer Maßnahmen bei wirtschaftlichen Kämpfen“ räusperl zu machen. Die Preßfelder Zeitungdrucker aber haben recht, warum sollen sie sich auf's Statut verpflichten, wenn die Verbandsleitung selbst nicht tut.

Im Interesse der elßischen Textilproleten aber, sind solche, an Unruhe grenzenden Zustände innerhalb des deutschen Verbandes sehr zu bedauern. Dadurch wird die gerade im Elß so nötige, gewerkschaftliche Erziehung der Arbeiter verhindert und dieselben von einem Putz zum andern, von einer Enttäuschung in die andere hineingetrieben. Daß dies dem Gewerkschaftsgedanken auf die Dauer die schwersten Stunden schlägt, liegt auf der Hand. Einem momentanen agitatorischen Erfolg opfern die sozialdemokratischen Verbandsbeamten die gewerkschaftliche Zukunft.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Baden.

Die diesjährige Bezirkskonferenz fand am Sonntag, den 27. August, in Basel statt. Von 22 Ortsgruppen waren 20 durch 38 Delegierte vertreten. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Erwald Weber aus Nachen erschienen. Weiter konnten als Gäste begrüßt werden Sekretär Greven-Basel von den schweizerischen Christlichen Gewerkschaften, Arbeitersekretär Kaiser-Lörrach und Kollege Wilger-Mühlhausen. Zur Leitung der Konferenz wurden gewählt Kollege Siebold-Thiengen als Vorsitzender, Kollege Martin Wajmer-Brombach als Schriftführer, Kollegin Frau Dantenwil-Säckingen und Kollege Mathias Weber-Lahr als Beisitzer.

Kollege Rümmele erstattete den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 1. Juli 1911. Aus demselben geht hervor, daß in allen Ortsgruppen tüchtig gearbeitet wurde, trotzdem die wirtschaftliche Lage mancherorts noch viel zu wünschen übrig ließ. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 20 auf 22 und die Zahl der Mitglieder von 956 auf 1757 gestiegen, hat sich also beinahe verdoppelt. Dementsprechend erhöhten sich auch die Einnahmen; sie betragen 20265,60 M. Unterstützungen wurden an die Mitglieder 5293,71 M. ausbezahlt, und zwar an Arbeitslosenunterstützung 2155,25 M.; an Krankenunterstützung 2808,30 M. und an sonstigen Unterstützungen (Sterbegeld, Reiseunterstützung u.) 330,16 M. An die Zentralkasse wurden 12068,32 M. abgeführt. Den Ortsgruppen verblieben für ihre örtlichen Unkosten 2903,59 M. Die Lokalkassen weisen einen Bestand von 1398,38 M. auf. Lohnbewegungen wurden sechs geführt, wovon drei ganz, zwei teilweise erfolgreich und eine erfolglos war. Für die beteiligten Mitglieder konnten schöne Erfolge erzielt werden, beträgt doch der Mehrerwerb in drei Fällen 1,50 bis 2,40 M. pro Woche und Mitglied. In zwei Fällen konnten die Tagelohnsätze für Warten auf Material u. erhöht werden. Alle Bewegungen wurden ohne Streik erledigt.

In der Diskussion gaben einige Kollegen Anregungen, wie der Schriften- und Broschürenvertrieb gehoben werden könnte. Kollege Weit betonte, daß wir fürderhin den sozialen Wahlen mehr Aufmerksamkeit schenken müßten.

Im Weiteren überbringt Kollege Weber-Nachen die Grüße des Zentralvorstandes und gibt seiner Freude Ausdruck über den Aufschwung unseres Bezirkes. Zu seinem eigentlichen Thema: „Die Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben“, übergehend, betont Redner, daß auch die Entwicklung unseres Verbandes im verfliegenen Jahre eine gute gewesen sei, denn die Mitgliederzahl ist von 30000 auf 44000 gestiegen. Auch die Arbeiterinnen beginnen sich für die Organisation zu interessieren. Wünschenswert sei nun eine weitere Stärkung unserer Zentralkasse, um allen kommenden Aufgaben und Anforderungen gerecht werden zu können. Deshalb empfiehlt er den Vorschlag des Zentralvorstandes, die ordentlichen Beiträge ganz an die Zentralkasse abzuführen und zur Deckung der örtlichen Ausgaben einen Lokalbeitrag einzuführen.

Nach der Mittagspause wurde in die Diskussion eingetreten. Kollege Weit-Lörrach wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Einführung von Lokalbeiträgen. Er anerkennt zwar die Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse, befürchtet aber, daß durch die Erhöhung der Beiträge wieder eine große Mitgliederflucht zu gewärtigen wäre. Kollege Suhr-Lörrach glaubt, daß die Erhebung von Extrabeiträgen leichter sei als die Erhebung von Lokalbeiträgen. Darauf appelliert Kollege Rümmele an die altbewährte Opferwilligkeit der Mitglieder und bittet, für den Fortschritt in der Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Nachdem noch Kollege Siebold-Thiengen sich dafür und Kollege Oberle-Lörrach sich dagegen ausgesprochen, stellt Kollege Weber-Nachen einige Einwände richtig und begründet eine Resolution. Dieselbe wird hierauf mit 21 gegen 17 Stimmen angenommen und lautet folgendermaßen:

„Die ordentliche Bezirkskonferenz des XIII. Verbandesbezirks Baden hält die Stärkung unserer Zentralkasse für absolut notwendig. Sie richtet an die Vorstände das dringende Ersuchen, in ihren Ortsgruppen mit ihrem ganzen Einflusse dahin zu wirken, daß die Mitglieder die Erhebung eines Extrabeitrages beschließen. Die Bezirkskonferenz hält diese Maßnahme für das ganze Verbandsgebiet für dringend notwendig, damit die nächste Verbandsgeneralversammlung die Abschaffung des 15prozentigen Anteils der Ortsgruppen beschließen kann und so die ganzen ordentlichen Mitgliederbeiträge der Zentralkasse zufließen können. Hierdurch würde am sichersten die Zentralkasse so gestärkt werden, als es mit Rücksicht auf die gesamte gewerkschaftliche Lage und die kommenden Aufgaben unbedingt notwendig ist.“

Sekretär Greven-Basel macht auf die bevorstehenden Differenzen der Posamentier in Basel auf aufmerksam und appelliert an das Solidaritätsgefühl der badischen Kollegen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Herbst- und Winterarbeit“ gab Kollege Riese in seinem Referate noch besondere Anweisungen und Richtlinien. Der Jugend- und Arbeiterinnenagitation müsse die größte Fürsorge zugewendet werden. Auch sollen in allen größeren Ortsgruppen im Winter Unterrichts Kurse eingerichtet und für die Vorträge Personen aus den gebildeten Kreisen gewonnen werden. In der Diskussion hebt Kollege Sütterle die guten Erfahrungen mit dem Abteilungsvertrauensmännersystem hervor.

Mit dem Wunsche, daß uns die nächste Zeit wieder einen Schritt voran bringen soll, schloß Kollege Rümmele die Konferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Lebhaftige Klagen führen die Weber der Firma Tuchfabrik Nachen, vorm. Süsskind u. Sternau über die Behandlung durch den Stuhlmeister Winners. Derselbe scheint zu glauben, daß er sich die Achtung der Arbeiter erobere, wenn er denselben gegenüber möglichst ungebildet und grob auftritt. Bedürfen die Arbeiter seiner Hilfe und suchen den Meister in der Meisterhube auf, so werden sie angefahren und mit hinausgeworfen bedroht. Besonders gefährlich ist es, den Meister anzusprechen, wenn er an einer andern Maschine beschäftigt ist. Dann gibt's besonders grobe Ausfälle, wobei Ausdrücke fallen, die anstandshalber nicht wiederzugeben sind. Eine Ausföhnung gegen eine solche Behandlung ist gleichbedeutend mit Entlassung. Meister Winners ist bei der Firma sehr gut angeschrieben, ob dieselbe jedoch von diesen Zuständen — durch welche ihr Ansehen in weiten Kreisen geschädigt wird — Kenntnis hat, ist schwerlich anzunehmen. Die Firma täte gut, bevor die allgemeine Erregung der Arbeiter zum Durchbruch kommt, den Meister Winners darauf aufmerksam zu machen, daß er Vorgesetzter von im freien Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitern und nicht Aufseher in

einer Strafanstalt ist. — Das schlechte Beispiele gute Sitten verderben, beweist sich auch bei dem Gehilfen dieses Meisters. Dieser Gehilfe glaubt schon in mancher Beziehung dem Beispiel Winners folgen zu müssen. Seinem Protektor würde er mehr Ehre machen, wenn er ruhiger austräte. — Sollten diese Zeilen keine Aenderung im Verhalten dieser Personen herbeiführen, so bleibt den Arbeitern nichts übrig, als der Weg der Selbsthilfe.

Gmsbetten. Unsere Bibliothek, die längere Zeit geschlossen war, um sie einer gründlichen Revision zu unterziehen, ist von jetzt ab während jeder Versammlung wieder geöffnet. Bücher bis zu 200 Seiten stark können 4 Wochen, solche über 200 Seiten 8 Wochen geliehen werden. Der Vorstand hat Bücherkataloge drucken lassen, die den Mitgliedern auf Wunsch ausgehändigt werden. Es soll den Mitgliedern hierdurch eine Uebersicht gegeben werden über die in der Bibliothek enthaltenen Bücher. Wir erwarten, daß die Mitglieder diese Einrichtung gerne benutzen und sich so in die Lage versetzen, unsere Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr verstehen und kennen zu lernen, denn — Wissen ist Macht.

Greiz i. Vogtland. Wenn jemand eine Reise tut — kommt da ein Kollege aus der Ortsgruppe Lambrecht aus der Pfalz, um sich das schöne Sachsenland anzusehen. Wahrscheinlich ließ er sich durch Berichte in sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern dazu verleiten, die Herrlichkeiten dieses roten Paradieses kennen zu lernen. Weil er unser Bureau nicht fand, ging er in ein hiesiges Geschäft um Auskunft bittend. Aber, o weh! Welch einen Klang hatte das Wort christliches Gewerkschaftsbureau in den Ohren dieser Leute. Zu einer höhnischen Grimasse verzog sich das Gesicht der kräftigen Ladenhüter und hagelndicht saukte es herabieder auf unsern Lambrecht. Der bewahrte seine Ruhe, bedankte sich bei diesen „anständigen“ Menschen für die schöne Auskunft und — fand unser Bureau. Der Kollege behauptet, in einem sozialdemokratischen Konsumverein gewesen zu sein. — Letzte Zustände herrschen in der Weberei der Firma Gustav Reiskmann in Aurbachtal-Schwitz. Dort steht die Arbeitsordnung eine Frühstück- und Vesperpause von je täglich einer Viertelstunde vor. Jedenfalls steht diese Pause nur auf dem Papier, denn wie dortige Arbeiter behaupten, arbeiten nicht nur die Weber, sondern auch die Weberinnen während der Pausen durch. Die Waren müssen die Weber und Weberinnen ebenfalls selbst ausnähen, natürlich während der Arbeitszeit. Um nun aber nicht eine große Lohnneinbuße zu haben, machen es sich verschiedene Arbeiterinnen bequem und nehmen die Stücke abends mit. Ob der Firma nicht bekannt ist, daß derartige Uebertretungen der Gewerbeordnung nicht statthaft sind? Sollten diese Uebertretungen länger anhalten, müßte sich die Gewerbeinspektion damit befassen. — Und bist du nicht willig. — Am Montag, den 4. September, morgens passierte es einem unserer Kollegen bei der Firma Wülfner, daß ihm die Spulen aus dem Webstuhl flogen. Dem Meister Supper schien diese Arbeit des morgens nicht gleich zu passen. In handgreiflicher Weise übte er seine Stuhlmeisterkunst an dem 69 Jahre alten Weber, so daß sich an der einen Hand Schürfwunden zeigten. Ob der Meister ewig jung bleiben wird? — Schlechter Geschäftsgang, aber — fremde Arbeiter. Die Firma Georg Schieber, Färberei und Appreturanstalt, scheint davon überzeugt zu sein, daß die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise den hiesigen Arbeitern nicht gestattet, sich in den Besitz der nötigen körperlichen Kräfte zu setzen. Deshalb müssen fremde Arbeiter herangezogen werden, die natürlich wegen ihrer „größeren Leistungsfähigkeit“ zu höheren Anfangslöhnen eingestellt werden wie die hiesigen. Am Sonnabend, den 2. September, gab's kein Wasser. Die Fabrik mußte also den Betrieb einstellen. Doch nur für die hiesigen Arbeiter, die können eine „Erholung“ gebrauchen. Fürchtet man sich etwa, mit den fremden Arbeitern wieder dieselben Erfahrungen zu machen wie ehemals. Die Greizer Arbeiterschaft wird sich derartige Fälle merken, um bei passender Gelegenheit dieselben aus der Welt zu schaffen. Vorkünftig wird noch jeder an dem Ausbau der Organisation arbeiten, damit es später an einem kräftigen Appell nicht fehlt.

Zell i. B. Ein frischpuffendes Leben durchzieht unsere, in nächster Zeit dem 10-jährigen Stiftungsfeste entgegengehende Ortsgruppe, das zeigt sich besonders in einem regen Versammlungsbesuch, sowie in einer gesteigerten Arbeitsfreude und nicht zuletzt in der Mitgliederzunahme in den letzten drei Viertel Jahren von 120%. Es ist dies gewiß ein gutes Zeichen und eine sichere Gewähr für den imposanten Verlauf unserer kommenden Jubelfestes am 21. September.

Auch unsere beiden letzten Monatsversammlungen waren gut, ja sogar sehr gut besucht, und beweisen aufs neue, daß unser jetziger Gesamtvorstand vom 1. Vorsitzenden bis zu den jüngsten Vertrauenspersonen ihrer Pflicht voll und ganz gedenken, und daß aber auch ihr gutes Beispiel anerkennend und antwortend auf die Mitglieder wirkt. Am 25. Juli referierte Kollege Niefer von Lörach über den badischen Landeswohngesetzverein. Der Referent bewies, daß auch wir als Arbeiter alle Ursache haben, die Bestrebungen des genannten Vereins zu unterstützen, da es besonders die Arbeiterchaft ist, die unter den unwürdigen Zuständen der Wohnungsmisere leiden muß. Es wurde dann auch nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen, dem badischen Landeswohngesetzverein als korporatives Mitglied beizutreten. Darauf war für den zum Militär ausgehobenen Schriftführer Kollegen Hummel die Kollegin Katharina Reiser einstimmig gewählt.

In der letzten Monatsversammlung vom 8. ds. Mts. berichteten der Kassierer Kollege Süterle und die neue Schriftführerin Kollegin Reiser in ausgereicherter Weise. Der anwesende Sozialsekretär Kramers aus Lörach dankte besonders dem Kassierer für seine Ausführungen und nahm dann, nachdem er einige Punkte noch näher ergänzte, das Wort zu einem interessanten Vortrag über die Baumwollfrage. Nachdem er die jüngste Preisführung der Gewinne, die sich zu der kolonialen Baumwollfrage in veränderndem Sinne geäußert, und dies nach berühmten Mustern unter fallender Flagge feststellte, als im Namen der deutschen Arbeiter getan haben, richtig gestellt habe, wies er zahlreich nach, daß die Baumwollpreise seit einigen Jahren ganz weit gefallen sind. Dabei läßt leider die uns fast entzweiende Textilindustrie in den Baumwollverarbeitenden anstehenden Ländern auch in Zukunft eine feste Preissteigerung befürchten. Siefte, auf die Dauer unabweisbaren Zustände sollen nun speziell für Deutschland, das bis dahin im Baumwollbezug ganz auf Ausland angewiesen war, durch Abkennung von Baumwolle in fremde Kolonien gehoben werden. Anträge wurden gemacht, und sie berechtigen zu der Hoffnung auf eine rentable, koloniale Baumwollkultur. Der gute und gesunde Kern dieser Maßnahmen leuchtet auch jedem vernünftig denkenden Arbeiter ohne weiteres ein. Jedenfalls können auch wir, wenn unsere Industrie das Rohmaterial zu annehmbaren Preisen erhält, viel besser auf Erfüllung unserer berechtigten Lohnforderungen hoffen. Die Diskussion wurde in zustimmendem Sinne geführt. Als weiterer Vertrauensmann wurde Kollege

Joschy Wasmer bestimmt. Nachdem das Geschäftliche erledigt war, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, dem Kollegen Vollmer, geschlossen.

NB. Wir verweisen hiermit noch einmal auf unser Stiftungsfest. Zum Empfang der auswärtigen Festgäste ist es dringend notwendig, daß alle Mitglieder sich beizeiten im Festlokal (vormittags) sammeln. Die Vertrauensleute werden alles Nähere den Mitgliedern noch rechtzeitig zur Kenntnis bringen.

Soziale Rundschau.

Bevölkerungszuwachs in Deutschland. Wenn das Kapitel „Wehrfähigkeit“ der Völker angechnitten wird, dann konnten wir bislang immer darauf hinweisen, daß wir einen außerordentlichen Geburtenüberschuß haben, der uns auf lange Zeit hinaus einen riesenhaften Vorsprung vor den Franzosen mit ihrem Zweikindersystem geben muß. Eingesichtige Volkswirtschaftler haben seit langem darauf hingewiesen, daß dieses gewaltige Anwachsen der Bevölkerung in Deutschland sehr bald ein Ende nehmen müsse, weil das Zusammenströmen der Menschen in der Großstadt der Entwicklung der Volkswirtschaft entgegenstehe. Jetzt eröffnet uns die Statistik da sehr trübe Aussichten, die nur gemildert werden durch die Verminderung der Todesfälle infolge allgemeiner Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse, Seuchenbekämpfung usw., ein Faktor, der freilich nicht dauernd wirken kann, da über ein gewisses Maß eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer nicht erreichbar ist.

Bemerkenswert ist vor allem die Abnahme der Zahl der Geburten. Es wurden im Jahre 1909 2038357, im Jahre 1908 2076660 Kinder geboren, die Zahl der Geburten hat also um 1,8 Prozent abgenommen.

Einen kleinen Trost gewährt der Umstand, daß andererseits auch die Sterbefälle sich vermindert haben und zwar um 3,6%. 1908 hatten wir 1197098 Sterbefälle zu verzeichnen, 1909 hingegen nur 1154296. Trotz der bedeutenden Zunahme der Bevölkerung ist das die geringste Sterbeziffer, die seit Gründung des deutschen Reiches zu verzeichnen ist. In dieser Abnahme der Sterbefälle kommt auch die segensreiche Wirkung unserer Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze lebendig zum Ausdruck. Die natürliche Vermehrung des deutschen Volkes resp. der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle betrug demgemäß 1909 884061 Seelen oder 13,84 pro Tausend der Bevölkerung.

Groß ist immer noch die Kindersterblichkeit in Deutschland. Immerhin hat auch diese eine Abnahme erfahren. Unter den 1154296 Sterbefällen im Jahre 1909 waren 60079 Todgeborene und 335436 Kinder im ersten Lebensjahr. Auf je 100 Lebendgeborene kamen somit 10 Sterbefälle im ersten Lebensjahre. Trotz der Abnahme der Säuglingssterblichkeit gegenüber dem Vorjahre ist dieselbe bei uns im Vergleich zu anderen Kulturländern noch immer viel zu hoch.

Es ergibt sich daraus die Erkenntnis, daß zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit noch sehr viel gethoben werden muß und daß auf diesem Gebiete noch immer Erhebliches geleistet werden kann, um dem Zurückgehen der für die Wehrkraft so wichtigen Bevölkerungszunahme vorzubeugen. Letzten Endes freilich wird auch damit der bedrohlichen Wirkung des Rückganges der Geburtenziffer nicht vorgebeugt werden können.

Die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in Aachen hat das dortige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften bei den städtischen Behörden beantragt. In einer ausführlichen Begründung des Antrags werden die Auswirkungen der christlichen Berufsverbände in Aachen für Arbeitslosenunterstützungen aus den letzten Jahren angeführt, um einige greifbare Unterlagen zu schaffen. Seit Anfang 1908 bis 1. April 1911 hat z. B. der christliche Metallarbeiterverband 13770 Markt an arbeitslose Mitglieder in der Verwaltungsstelle Aachen ausbezahlt. Die bahnbrechende Tätigkeit der Berufsorganisationen auf diesem Gebiet, kommt in der Begründung des Antrages richtig zur Geltung. Gemeinnützige Arbeitslosenversicherungen müßten sich deshalb auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge stützen resp. sich daran anlehnen. Der Antrag läuft darauf hinaus, die Arbeitslosenversicherung in Aachen nach Art der Freiburger, Straßburger oder Genter Versicherung einzurichten.

Versammlungskalender.

- Barmen. 23. Sept., 8½ Uhr, bei Martin, Parlamentsstr. 1.
- Cottbus. 30. Sept., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshause, Spreckl. 12.
- Dahlhausen (Sapper). 1. Okt., 2 Uhr, bei Heinr. Singel.
- Friedrichslag. 24. Sept., 4½ Uhr, bei Fritz von der Linde.
- Greiz. 29. Sept., 8½ Uhr, im Sathof „Burgfeller“.
- Lörach. 24. Sept., Auszug zum Stiftungsfest in Zell i. B., Abfahrt 10.52 Uhr.
- Wittlich. 23. Sept., Quartalsabrechnung der Vertrauensmänner beim Kassierer Heinrich Wiggers.
- Wuppertal. 24. Sept., 8 Uhr, bei Erich, Wilhelmstraße.
- Wuppertal. 23. Sept., 1.9 Uhr, bei Kathias Welters.

Bezirk Aachen.

Inm Bezirk Aachen des christlichen Textilarbeiterverbandes werden in den nächsten Wochen für alle Ortsgruppenmitglieder, Mitglieder der Agitationskommissionen, Vertrauensleute und Fabrikvertrauenspersonen sämtlicher Ortsgruppen Bezirkskonferenzen stattfinden.

Sonntag, den 24. Sept., vormittags 11 Uhr im Lokale Cremer zu Montjoie für die Ortsgruppen Montjoie, Katterberg, Imgenbroich, Bösen, Koetger und Kott.

Sonntag, den 24. Sept., nachmittags 2 Uhr im Lokale Martin Berg zu Eupen, Neustraße, für die Ortsgruppen Eupen, Kettenis, Raeren, Pergenrath, Gynaten und Rembach.

Sonntag, den 24. Sept., vormittags 10½ Uhr im Lokale Leuchter zu Würfelen, Aachenerstraße für die Ortsgruppen Würfelen, Haaren, Verlautenheide, Strohheid und Eilendorf.

Sonntag, den 1. Okt., nachmittags 4½ Uhr im Lokale Klintenbergr zu Düren, Philippstraße für die Ortsgruppen Düren und Bedburg.

Sonntag, den 1. Okt., nachmittags 4½ Uhr im Lokale Tau zu Cornelimünster, an der Kirche für die Ortsgruppen Cornelimünster, Walheim, Brand und Oberfortbach.

Sonntag, den 1. Okt., vormittags 10½ Uhr zu Euskirchen im Lokale Feuerlein, Viehmarkt für die Ortsgruppen Euskirchen, Euenheim-Wiskirchen und Stoyheim.

Dienstag, den 3. Okt., abends 7½ Uhr im Lokale „Zur Maus“ zu Aachen, Münsterplatz, für die Ortsgruppen Aachen und Baals.

Dienstag, den 3. Okt., abends 8½ Uhr im Lokale Steinmeh, Hauptstraße, zu Burtscheid.

Volljähriges Erscheinen Ehrenpflicht! Näheres durch Rundschreiben.

IV. Verbandsbezirk Barmen.

Unsere Bezirkskonferenz findet am 15. Oktober im Ronsdorf im „Deutschen Hause“ statt. Die Ortsgruppen werden hiermit gebeten, die Delegiertenwahl (nach § 40 des Statuts) unverzüglich vorzunehmen. Näheres wird den Kollegen per Zirkular mitgeteilt.

Der Bezirksvorsitzende
Heinr. Fahrnbrach

Literarisches.

Einem lieben alten Wiener Volksdichter ist die neueste Nummer 35 der Münchener literarischen Wochenschrift „Die Zeitschrift“ gewidmet. Wieder aus seinen unergänglichen Märchen spielen und würdigen Worten eines kleinen besonderen Auffages solchergestalt Ferdinand Naimunds 76. Todestag am 5. September. Auch sonst gehört das ganze Fest dem „Volke“! Da ist eine neue Volksdichterin entdeckt worden: Maria Weimann mit Namen, die köstlich stimmungsvolle Gedichte geschrieben, welche erzählen von Lebensnot, Krankheit und Enttäuschung. Die hier abgedruckten Verse dürften viele herzliche Freunde ihr gewinnen. — Professor Heinrich Schnorrer freut weiterhin mit einem frischen Plauderartikel: „Wie ich die Buchenroder Dorfbibliothek gründete.“ Möge sein nützliches, fröhliches Beispiel Nachahmer in Menge finden: denn gäbe es erstmal in den Dörfern Volksbibliotheken, wäre der Schundliteratur, die von der „Zeitschrift“ so scharf bekämpft wird, ein gut Teil Boden unter den Füßen entzogen. Was gute Bücher dem Menschen aber sein können, das erwähnt ein tiefempfundener kleiner Aufsatz, gleichfalls in Nr. 35 der „Zeitschrift“ abgedruckt, dem Robert Hall den schlichten Namen „Meine Bücher“ gegeben. Im Begleitheft finden sich endlich Buchbesprechungen und wertvolle Hinweise für die, welche ihre Bücherkäufe mit billigem Gelde zu vermehren gedenken. — „Die Zeitschrift“ kostet mit 2 Jahresbüchern jährlich M. 6, vierteljährlich M. 1,50. Probenummern kostenlos durch die Geschäftsstelle der „Zeitschrift“, München, Rindermarkt 10.

Inhaltsverzeichnis.

Arbeit. — Artikel: Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Gesellschaft. — Haltet den Dieb! — Arbeiterin und Krankenversicherung. — Einige Gedanken zu den Ausführungen über Berufs- und Fachbildung. — Aus der Arbeiterbewegung: Die Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein aufgehoben. — Die christlichen Gewerkschaftskartelle und das „Correspondenzblatt“. — Eine Vereinbarung der Metallarbeiterverbände auf nationaler Grundlage. — Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. — Sittlichkeit bei „höhern“ und „niedern“ Töchtern. — Nicht so empfindlich sein. — Von einer bankrotten Gewerkschaft. — Die Düsseldorfser Krankentaggengeschichte. — Die Matseier auf dem Parteitag. — Sozialdemokratische Weltverbesserer. — Ein Trugbild. — Aus unserer Industrie: Aus dem Jahresbericht des Vereins Süddeutscher Baumwoll-Industrieller. — Ein unerfreuliches Bild. — Ueber die Lage der elässlichen Textilindustrie. — Eine Verschlechterung der Baumwollente? — Aus dem Verbandsgebiete: Verlegung der Zentralkasse. — Zur Frage der Lokalbeiträge. — Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit: Borsdorf (Weiß.). — Bremen. — Delmenhorst. — Jöllenbeck. — Sulz (Ober-Glab.). — Aus unseren Bezirken: Bezirk Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Gmsbetten. — Greiz i. Vogl. — Zell i. B. — Soziale Rundschau. — Bevölkerungszuwachs in Deutschland. — Die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in Aachen. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches.